

Kantonsrat Schaffhausen

## Protokoll der 12. Sitzung

vom 26. Juni 2017, 08.00 Uhr im Kantonsratssaal in Schaffhausen

*Vorsitz* Thomas Hauser

*Protokoll* Veronika Michel und Joël Reber

*Während der ganzen Sitzung abwesend (entschuldigt)*

Till Aders, Maria Härvelid, Susi Stühlinger, Josef Würms.

*Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt)*

Franziska Brenn, Arnold Isliker, Virginia Stoll.

| <i>Traktanden</i>   | <i>Seite</i> |
|---|--------------|
| 1. Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 21. Februar 2017 betreffend Demografiestrategie Kanton Schaffhausen (Orientierungsvorlage) ( <i>Fortsetzung der Beratung</i> ) | 491          |
| 2. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 24. Januar 2017 betreffend Legislaturprogramm 2017–2020 (mit Rechenschaftsbericht 2013–2016)                                  | 502          |
| 3. Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 3. Dezember 2013 betreffend Umsetzung der zusätzlichen Entlastung der Klassenlehrpersonen (ESH3-Ergänzungsvorlage)             | 520          |

**Neueingänge** seit der letzten Sitzung vom 12. Juni 2017:

1. Antwort des Regierungsrats auf die Kleine Anfrage. Nr. 2017/6 von Susi Stamm vom 22. März 2017 betreffend Asylbewerber aus dem Tibet mit einem negativen Asyl-Entscheid.
2. Antwort des Regierungsrats auf die Kleine Anfrage Nr. 2017/7 von Martina Munz vom 15. Mai 2017 mit dem Titel: «Nur noch einen Zehntel der Gewinne versteuern?».

\*

**Mitteilungen** des Präsidenten:

Mit Schreiben vom 21. Juni 2017 gibt Gina Eichenberger ihren Rücktritt als Friedensrichterin per 31. Dezember 2017 bekannt. Sie schreibt:

«Ich habe beim Obergericht meine Kündigung als Friedensrichterin eingereicht und möchte der guten Ordnung halber hiermit meinen Rücktritt als Friedensrichterin des Kreises Reiat per 31. Dezember 2017 bekannt geben. Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.»

Die Spezialkommission 2017/3 «Power-to-Gas Technologie» meldet das Geschäft verhandlungsbereit.

Die Spezialkommission 2017/6 «Verordnungsveto» meldet das Geschäft verhandlungsbereit.

Da Till Aders für die heutige Sitzung verhindert ist, wird Linda De Ventura für die AL-ÖBS-Fraktion als Stimmzählerin amten.

\*

**Protokollgenehmigung:**

Das Protokoll der 5. Sitzung vom 6. März 2017 wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

**1. Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 21. Februar 2017 betreffend Demografiestrategie Kanton Schaffhausen (Orientierungsvorlage) (Fortsetzung der Beratung)**

Grundlagen: Demografiestrategie Kanton Schaffhausen vom 24. Januar 2016: Amtsdruckschrift 17-15

**Kantonsratspräsident Thomas Hauser (FDP):** Wir haben in der Sitzung vom 15. Mai 2017 mit der Eintretensdebatte begonnen. Ich habe noch folgende Personen auf der Rednerliste: Urs Weibel, Walter Hotz, Urs Capaul und Marcel Montanari. Ich erteile Urs Weibel das Wort.

**Fortsetzung der Eintretensdebatte**

**Urs Weibel (SP):** «Är het korrigiert, ergänzt und gschtriche immer wider a sir grosse Red so isch's cho, das d'Amtsduur isch verschtriche ohni das er je se ghalte het!» In der letzten Sitzungen habe ich mich etwas an Hugo Sanders im Lied von Mani Matter erinnert gefühlt, da ja die Beratung dieses Geschäftes immer wieder verschoben worden ist. Aber lassen wir dies, ich stehe jetzt ja am Mikrofon. Eine Binsenwahrheit zum Einstieg: Die demografische Entwicklung fand schon immer statt, findet statt und wird auch zukünftig stattfinden.

Man kann dazu eine fatalistische Haltung einnehmen. Was sollen wir uns mit dem Gesellschaftswandel auseinandersetzen? Der findet ja eh statt und aufhalten können wir ihn nicht. Fatalismus ist aber aus Sicht der SP-Juso-Fraktion absolut fehl am Platz. Aufhalten können wir die demografische Entwicklung nicht, aber, wo immer möglich, aktiv beeinflussen.

Nehmen wir die demografische Entwicklung als Chance wahr, trimmen uns fit für die Zukunft und treten in einem Demografiewettbewerb mit den anderen Kantonen. Der Steuerwettbewerb war gestern. Heute geht es um eine gesamtheitliche und zukunftsgerichtete Sichtweise. Nehmen wir dazu als hervorragende Grundlage die Demografiestrategie des Kantons Schaffhausen und orientieren uns daran. Es ist ja schliesslich eine Orientierungsvorlage. Den Verfasserinnen und Verfassern gebühren ein grosser Dank und ein grosses Lob für ihre ausgezeichnete Arbeit. Die Demografiestrategie ist einer der fundiertesten und vielschichtigsten Berichte, der mir als Kantonsrat bisher vorgelegt worden ist.

Die Zahlen, Annahmen und Auswirkungen liegen jetzt schwarz auf weiss vor uns. Aus dem Bericht wird deutlich, dass die demografische Entwicklung verschiedene wesentliche Politikbereiche beeinflusst und wir vor vielschichtigen Herausforderungen stehen. Zentral ist die Integration. Hier lau-

fen wie in einem Spinnennetz die Fäden zusammen. Massnahmen in diesem Bereich haben somit die grösste Dringlichkeit und die grösste Hebelwirkung. Integration.

Die SP-JUSO-Fraktion erachtet den Bericht als wichtiges Grundlagenpapier und hat sich deshalb in einer ausserordentlichen Klausur intensiv mit der Demografiestrategie des Kantons Schaffhausen auseinandergesetzt. Dies übrigens nach der Weichspülung des Gegenvorschlags zur «7to7 Initiative», der ja auch einen Zusammenhang mit der Demografiestrategie hat.

Und hier wurde bereits deutlich – so hervorragend der Bericht ist – matchentscheidend ist, was damit gemacht wird. Was nützt das fundierteste Strategiepapier, wenn die Mehrheit von Regierung und Kantonsrat bereits in einem der ersten, aber längst nicht dem ersten Geschäft der laufenden Legislatur, nicht gewillt ist, die notwendigen zukunftsweisenden Massnahmen wirklich umzusetzen?

Aus Sicht der SP-JUSO-Fraktion ist es entscheidend, dass die aufgeführten Massnahmen konsequent umgesetzt und wo nötig ergänzt werden. Wir haben deshalb bereits an einer der letzten Ratssitzungen einen ersten entsprechenden Vorstoss eingereicht. Und hier stimmen wir übrigens nicht mit dem Bericht überein, denn wir sehen durchaus in verschiedenen Politikbereichen zusätzlichen Handlungsbedarf.

Die aufgelisteten Massnahmen basieren weitgehend auf den aktuellen Tätigkeiten. Ich verweise auch auf das Legislaturprogramm. Die SP-JUSO-Fraktion wird deshalb zu gegebener Zeit mit politischen Vorstössen die Umsetzung der Massnahmen einfordern und zusätzliche Ideen einbringen. Allen Massnahmen gemeinsam ist, dass sie zukunftsweisend sind. Das bedeutet: «Investiere in der Zeit, so hast du keine Not.» Es darf nicht sein, dass die Massnahmen alleine aus kurzfristigen finanzpolitischen Überlegungen gebodigt werden. Dies wäre verantwortungslos gegenüber den kommenden Generationen.

Die Herausforderung besteht eben darin, dass der *Benefit*, die Wirkung erst mittel- bis längerfristig erzielt wird. Die Demografiestrategie darf nicht zu einer schubladisierten Eintagsfliege verkommen. Die Wirksamkeit der umgesetzten Massnahmen, und ich gehe davon aus, dass dies auch tatsächlich geschieht sowie die statistischen Fakten und deren Interpolation und Interpretation, müssen periodisch überprüft und aktualisiert werden. Der Bericht ist bezüglich Massnahmen unmissverständlich. Handlungsbedarf besteht. Akut. Wollen wir die demografische Entwicklung als Chance wahrnehmen und anpacken. Oder wie es im Bericht auf Seite 39 steht, ich zitiere: «Deutlich wird mit dem vorliegenden Bericht aber auch: Die Umsetzung der angedachten Massnahmen ist von grundlegender Bedeutung, denn eine frühzeitige Reaktion auf die demografische Entwicklung ist ein

zentrales Element auf dem Weg zu einem zukunftsfähigen Kanton.» Besser kann man es nicht zusammenfassen. Orientieren wir uns daran oder um mit Mani Matter abzuschliessen, *mached's anders wird's nid anders*.

**Walter Hotz, (SVP):** Die Begriffe «Demografiepolitik» oder «Bevölkerungspolitik» sind etwas holprig. Denn mit dem Wandel in der Zusammensetzung der Bevölkerung durch die Demografie haben sich neue Herausforderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen ergeben. Während in der Wirtschaft die Notwendigkeit und Chancen neuen Denkens schon längstens erkannt wurden, hat sich nun auch unsere Regierung auf den Weg gemacht. Die Demografiepolitik ist bereichsübergreifend, da alle Departementsbereiche berührt werden. Die Fragen lauten: Wie wird sich unsere Bevölkerung in Zukunft entwickeln? Welche und wie viele Kinder werden unsere Schulen besuchen? Wie wird sich der Arbeitsmarkt für unsere Arbeitskräfte entwickeln? Was für Pflegedienstleistungen benötigen wir im Alter? Ich hoffe sehr, dass den Regierungsmitgliedern dies bewusst ist, und dass sie die vorliegende Demografiestrategie nicht nur schubladiesieren, sondern sich Fragen stellen und Antworten suchen, wie sie die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels anpacken. Die demografische Herausforderung besteht kurz gesagt darin, dass die Bevölkerung der Schweiz bis ins Jahr 2050 stagniert und gleichzeitig stark altern wird. Dies gilt es für die Zukunft nicht aus den Augen zu lassen, denn dies ist ein in der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesener Vorgang. Bisher ist die Bevölkerung über mittlere Frist immer gewachsen und der Anteil älterer Menschen war immer relativ gering. Die Regierung legt uns eine Strategie des Kantons Schaffhausen bis ins Jahr 2040 vor. Der vorliegende Bericht wurde mit Fördermitteln der EU und der Schweiz gefördert. Hoffen wir, die Subventionen wurden haushälterisch eingesetzt. Doch auch die Jungpolitiker sollten sich der Studie annehmen, eigentlich noch mehr als wir Älteren, denn es sind vor allem sie, die sich über die zukünftige Finanzierung Gedanken machen müssen. Wenn ich allerdings in der Presse lesen muss «AL lanciert eine Offensive für Familien» in der steht, ich zitiere: «Die familienfeindlichen und ultrakonservativen alten Männer in der Politik haben uns lange genug in dieser Sackgasse gefangen gehalten», so muss ich Ihnen sagen, dann nehme ich lieber mein Schicksal selbst in die Hand, als dass ich mich auf diese linke Politik verlasse. Die bequemste, aber schlechteste Lösung besteht nämlich darin, dass man den Staat für den ganzen Haufen, für sämtliche Kosten des Systemwandels, etwa für die Arbeitskräfte, Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, das Bildungswesen, voll haften lässt, und die Wirtschaft einfach über zusätzliche Steuern zur Kasse bittet. Prob-

lemverlagerung, statt Problemlösung. Ein leider allseits immer wieder praktiziertes politisches und wirtschaftliches Verhaltensmuster, das bisher nirgends nachhaltigen Erfolg hatte.

Der vorliegende Bericht zeigt deutlich auf, dass die demografische Entwicklung Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vor grosse Herausforderungen stellt. Wenn Sie die Grafiken zum Altersaufbau der Bevölkerung betrachten und studieren, dann können Sie erkennen, wieso eine demografische Herausforderung auf uns zukommt.

Die möglichen Konsequenzen der demografischen Entwicklung können einem auch Sorgen bereiten, denn es ist eine wachsende Bevormundung der Bürger, vor allem der älteren Bürger, spürbar. Schlagworten sind keine Grenzen gesetzt, wie «Sozialfall Sozialstaat», «Demografiefalle», «Kampf der Generationen», «Lähmung des Fortschritts» machen die Runde. So werden eben auch mit solchen Demografiestrategien etwa prophezeit: «Der Kollaps der sozialen Sicherungssysteme», «der Verlust der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der kantonalen Volkswirtschaft», «Herrschaft der Alten», «Eine mit Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Stützpunkte übersäter Kanton». Wenn wir diesen Bericht betrachten, ist es wichtig, zwei Seiten des Problems zu unterscheiden: Die realwirtschaftliche und die finanzwirtschaftliche. Realwirtschaftlich: Die Prognose bezieht sich auf die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die vor allem von den Menschen im sogenannten Erwerbsalter produziert, beziehungsweise erbracht werden. Finanzwirtschaftlich: Es bezieht sich auf die Herkunft des Geldes. Wenn wir die finanzwirtschaftliche Seite betrachten, können wir feststellen, dass die Ausgaben für die Sozialversicherungen markant angestiegen sind und ansteigen werden, es braucht somit mehr Einnahmen. Legen wir der Wirtschaft keine Steine in den Weg und geben wir ihnen so viel Freiheit wie möglich. Zum Beispiel sind Volksinitiativen wie jüngst «Keine Steuergeschenke für Grossaktionäre» oder Vorstösse wie die Kleine Anfrage von Martina Munz, Nr. 07/2017 namens «Nur noch einen Zehntel der Gewinne versteuern?» absolutes Gift für unsere Zukunft. Politikerinnen und Politiker mit solchen unsachlichen Gedankengängen, die kein Flair haben für tiefe Zusammenhänge, für zukünftige Generationen, empfehle ich, sich einmal für eine Klausur in ein Kloster oder an einen anderen Ort der Stille zurückzuziehen. So könnten sie den Vierjahreshorizont, der nur bis zu den nächsten Wahlen reicht, fördern und damit sich Gedanken machen, wie alles, was sie dem Unternehmer und den Bürgerinnen und Bürger abverlangen, finanzieren wollen.

Aber auch dem Regierungsrat würde eine Klausur gut tun. Wenn er natürlich in seinem Bericht schreibt: «bedarfsgerechten Tagesstrukturen, günstigeren Wohnraum schaffen, flächendeckende integrative Schulformen» um nur ein paar Blumen des Blumenstrausses zu nennen. So frage ich

mich, ob er mit diesen linken Rezepten glaubt, die demografische Herausforderung unseres Kantons bewältigen zu können.

Die Strategie für die nächsten 20 Jahre muss doch lauten: Erhalt der realwirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Schaffhausen, mit tiefen Steuern als erste Priorität. Ein ausgewogenes Paket von Leistungsverbesserungen und Leistungsplafonierungen. Die Erwerbsarbeit darf nicht weiter mit Abgaben belastet werden. Die Kantonsfinanzen auf eine solide Basis stellen und unnötige Wünsche sind, auch wenn das nicht populär ist, zu unterlassen.

Demografiepolitik heisst, dass man mutmassliche Folgen der demografischen Entwicklung vorausdenken versucht und sich dann in einem zweiten Schritt überlegt, wie man unerwünschte Entwicklungen korrigieren könnte. Hoffen wir, dass die Regierungsmitglieder dies in ihrem Bewusstsein haben. Es wäre von unseren Regierungsmitgliedern unverantwortlich, die Hände in den Schoss zu legen, einfach abzuwarten und darauf zu vertrauen, dass das Wirtschaftswachstum und der Produktivitätsfortschritt wie mit Geisterhand alle Probleme von selbst lösen. Eine Patentlösung wird es nicht geben. Die Regierungsmitglieder müssen eine Vielzahl von einzelnen Massnahmen in ihren Departementen ergreifen.

Die SVP-EDU-Fraktion hat den Bericht und Antrag mit der Amtsdruck-schriftnummer 17-15 zu Kenntnis genommen und sieht die Demografiestrategie des Kantons Schaffhausen durchaus als Innovativ an. Wir erwarten jedoch von den Regierungsmitgliedern eine nachhaltige Umsetzung im Interesse aller Bürger, ob jung oder alt, sowie der Wirtschaft. Merken Sie sich, verlieren sie nicht den Blick auf die ökonomische Wirklichkeit!

**Urs Capaul (ÖBS):** Gerne gebe ich Ihnen die Stellungnahme der AL-ÖBS-Fraktion bekannt. Gemäss Orientierungsvorlage will die Strategie die demografische Zusammensetzung und Entwicklung bis 2040 aufzeigen und daraus Handlungsfelder ableiten. Grundsätzlich handelt es sich um eine Schau in die nähere und weitere Zukunft und damit auch um etwas Kaffeesatzlesen. Ändern sich die globalen oder europäischen Rahmenbedingungen, beispielsweise kann ein Ärztemangel in Deutschland zu einer Abwanderung von Fachkräften führen, dann dürften die Grundannahmen im Bericht bereits strapaziert werden. Dennoch ist dem Regierungsrat zu Gute zu halten, dass er sich Gedanken zur Bevölkerungsentwicklung im Kanton macht.

Wir gehen mit dem Regierungsrat einig, dass die demografische Alterung wegen dem Eintritt der Babyboomer-Generation ins Rentenalter weiter zunehmen wird. Der prognostizierte Rückgang der Erwerbsvölker und vorab im produzierenden Gewerbe und im Detailhandel ist auch eine Tatsache leider. Denn gerade Routinejobs und Jobs im Detailhandel werden durch die Computerisierung und den Interneteinkauf vermehrt konkurrenziert.

Auch die deutlich günstigeren Preise im angrenzenden Deutschland dürfte zu einer Ab- beziehungsweise Rückwanderung von Fachkräften führen. Leider äussert sich die Demografiestrategie zu dieser Problematik nicht. Interessanterweise wird dennoch angenommen, dass die Steuereinnahmen bei den Vermögen stetig zunehmen werden. Dies hängt mit der Annahme zusammen, dass sich die Haushaltszusammensetzung in den einzelnen Altersklassen und die finanzielle Kraft in den Altersgruppen in etwa gleichbleiben. Was auch eher eine mutige Annahme ist.

Es wird davon ausgegangen, dass die ältere Generation auch zukünftig über erhebliche Sparkapitalien verfügt, was aufgrund des Drei-Säulen-Systems nicht abwegig ist, aber zunehmend zu hinterfragen ist. Denn die Renten werden gekürzt bei steigenden Gesundheitskosten. Ziel ist es zwar, über die gesamte Lebensdauer ausreichend Vermögen für das Alter angespart zu haben. Doch die Kürzungen der Monatsrenten, als Folge der Zunahme der Lebenserwartung, führen zu einem höheren Vermögensverzehr des Privatvermögens. Beides beeinflusst die Steuereinnahmen. Es ist auch logisch, dass die Jugend, die erst ins Erwerbsleben eintritt, noch keine riesigen Sparkapitalien besitzt. Insofern ist die im Bericht dargestellte Entwicklung logisch und nachvollziehbar.

Viel interessanter wäre es jedoch gewesen, wie die Vermögens- und Einkommensverteilung generell aussieht. Dazu wäre der Gini-Index von Interesse, den ich aber im Bericht nirgends gefunden habe. Auch die erwartete Entwicklung des Gini-Indexes wäre von hohem Interesse. Im Bericht fehlen grundlegende demografische Entwicklungen. Zum Beispiel, dass die Frauen im schweizerischen Mittel – und das dürfte auch für Schaffhausen so zutreffen – ihr erstes Kind immer später gebären.

Das hat Auswirkungen auf die gesamte Lebensplanung. Die Rentenabzüge zum Beispiel folgen diesem Umstand nicht und genau wenn die Jugendlichen in die Ausbildungsphase kommen und somit am teuersten sind, werden die Lohnabzüge für die Pensionskassen maximiert. Dass die Siedlungsentwicklung und die Mobilitätsanforderungen aufeinander abzustimmen sind, ist ebenfalls logisch und eine Daueraufgabe aus der Raumplanung. Die Innenentwicklung, die Verdichtung nach innen ist schon wegen den übergeordneten Zielsetzungen zwingend anzugehen. Die zusätzliche Ausrichtung der Wohngebäude auf eine älter werdende Gesellschaft, die aber mehrheitlich bis ins höhere Alter recht gesund bleibt, macht sicher Sinn. Das bedeutet, dass auch im Kanton Schaffhausen neue Wohnformen zu suchen sind und nicht nur die Verkehrsinfrastruktur, sondern auch die Gebäude und deren Umgebung möglichst hindernisfrei zu gestalten sind. Ein Hinweis, dass in Zukunft für den Individualverkehr nicht zuletzt auch wegen der Elektrifizierung weniger Parkplätze vorhanden sein müssen, fehlt im Bericht.

Viele Gemeinden kennen nach wie vor eine Mindestpflicht für die Parkplatzerstellung. Zukünftig muss über autoarmes Wohnen nachgedacht werden, wie es in den meisten grösseren Städten bereits der Fall ist. Der Naherschliessung mit dem ÖV kommt daher zukünftig eine wachsende Rolle zu. Wünschbar ist aber, dass die zukünftige Entwicklung der Leistungserbringer im ÖV sprich Bus und Bahn noch besser aufeinander abgestimmt werden. Es kann nicht sein, dass die Leistungserbringer sich gegenseitig konkurrenzieren. Die Reduktion der Automobilität hat zur Folge, dass über die Quartiersversorgung nachgedacht werden muss. Hier gibt es aktuelle Tendenzen, beispielsweise die Erstellung oder Erweiterung von grossen Einkaufszentren am Stadtrand oder die Aufhebung der Poststellen, die aber in krassem Widerspruch zu einer verbesserten Quartiersversorgung stehen.

Auch hier wären Aussagen im Bericht nützlich gewesen. Bei der Bildung ist die Förderung von Tagesstrukturen richtig. Ebenso die Förderung von Bildungsmassnahmen für die Migrantinnen und Migranten. Dazu stehen wir. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird, ist, dass auch das Lehrpersonal sowie das Pflegepersonal im Spital bei der Spitex und den Heimen vermehrt auf diese multikulturelle Bevölkerungszusammensetzung auszurichten sind.

Unsere Fraktion kommt zum Schluss, dass im Demografiebericht sehr viele wertvolle Grundlagen und Zielsetzungen enthalten sind. Unseres Erachtens ist aber die konzeptionelle Ebene etwas zu kurz gekommen. Die Analyse des aktuellen Zustands und der daraus abgeleiteten Prognosen hätten mit einer Vernetzung der verschiedenen Fragestellungen noch gewonnen. Unseres Erachtens ist man zu schnell auf die Handlungsfelder und somit auf die Massnahmenebene gekommen. Deshalb sind verschiedene Fragestellungen leider nicht oder zu wenig abgehandelt worden. Wieso diese aber im Bericht nicht erwähnt sind, entzieht sich unseren Kenntnissen. Die AL-ÖBS Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis. Gerne erwarten wir, dass bei der Umsetzung der Massnahmen die Gemeinden stärker ins Boot geholt werden.

**Marcel Montanari (JFSH):** Vielen Dank für diese Orientierungsvorlage. Ich kann mich den allgemeinen Voten anschliessen. Es hat viele interessante Aspekte drin. Ich möchte gleich in die Details gehen und noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der meines Erachtens ein bisschen zu kurz kam. Vor allem, was die Folgeentwicklungen anbelangt. Es betrifft den dritten Punkt auf Seite zwei der Orientierungsvorlage. Dies ist meiner Meinung nach der zentrale Punkt, nämlich jener, dass der Anteil der Erwerbsfähigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung abnehmen wird. Das ist meines Er-

achtens die Hauptherausforderung. Es stellt sich die Frage, wie wir mit dieser Situation umgehen wollen. Denn wenn man es genau durchrechnet heisst das, dass man auf Wohlstand verzichten muss.

Wenn prozentual gesehen weniger Leute erwerbstätig sind, weniger Leute Wohlstand schaffen und dieser Wohlstand auf mehr Leute aufgeteilt wird, bleibt pro Kopf im Durchschnitt weniger für den Einzelnen übrig. Die Frage ist, wie wir mit dieser Situation, wenn wir auf Wohlstand verzichten müssen, umgehen wollen – denn dies ist die eine Variante. Es gäbe noch eine zweite Variante und die fehlt im Bericht. Wir sollten versuchen, den Wohlstand zu steigern, so dass wir pro Kopf weiterhin den gleichen Wohlstand und das Level erhalten könnten. Dann müssten wir aber effizienter werden. Wenn immer weniger für immer mehr arbeiten müssen, dann müssen sie effizienter arbeiten können. Wie gelingt es uns, effizienter zu werden? Da ist sicherlich die technologische Entwicklung ein Aspekt. Wir müssen schauen, dass Innovationen möglich sind. Das setzt voraus, dass wir bei der Regulierung auf Freiräume achten. Es muss möglich sein, innovativ zu sein. Es muss möglich sein, neue Technologien auszuprobieren. Diese Freiräume beziehen sich aber nicht nur auf die regulatorischen Rahmenbedingungen, sondern auch auf die finanziellen. Wir müssen auch über die Steuern sprechen. Wenn ein Unternehmen Gewinn macht, hat es drei Varianten: Es kann den Gewinn ausschütten, es kann Steuern bezahlen oder es kann diese reinvestieren. Wenn man immer mehr Steuern und Abgaben bezahlt, dann wird weniger reinvestiert, dann wird weniger geforscht und es findet weniger Innovation statt. Wenn wir technologische Entwicklung ermöglichen wollen, müssen wir weniger Gesetze und eine tiefere Steuerbelastung haben. Nur so können wir Innovation fördern. Wenn ich über «effizienter werden» spreche, dann müssen wir noch einen zweiten Bereich anschauen. Abgesehen von den technischen Entwicklungen, wie gelingt es uns, mit den jetzt vorhandenen Mitteln effizienter zu werden? Ganz einfach. Wir müssen die Bürokratie abbauen. Da haben wir extrem viel Potential. Wenn ich gerade in diesen Bereichen schaue, die jetzt immer wichtiger werden, im Gesundheitsbereich.

Schauen Sie einmal in eine Arztpraxis, in der Pflege oder auch in einer Apotheke. Wenn sie heute einer Person eine individualisierte Salbe verabreichen, brauchen sie mehr Zeit für die Bürokratie als für die Verabreichung der Salbe. Das ist einfach ineffizient. Da müssen wir besser werden, wenn wir nicht die andere Variante wollen. Nämlich, dass wir auf Wohlstand verzichten. Es gibt zwei Varianten: Variante eins, wir werden auf Wohlstand verzichten müssen. Dann müssen wir uns jetzt die Frage stellen, wie wir damit umgehen wollen, wer in welchem Umfang verzichtet. Oder wir wählen die zweite Variante, dass man effizienter werden möchte. Da lade ich die Regierung gerne ein, sich auch hierzu Gedanken zu machen. Wie gelingt es uns, dass wir effizienter arbeiten können?

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** Im Namen der Regierung danke ich Ihnen ganz herzlich für ihre Voten zu dieser Demografiestrategie, die ein erstes Mal vorliegt. Wir haben auch mit Freude zur Kenntnis genommen, dass auch Sie das so beurteilen, wie wir das tun, dass diese Strategie nicht für die Schublade ist, sondern dass sie uns in den nächsten Jahren begleiten soll.

Gestatten Sie mir aber noch ein oder zwei Hinweise. Lassen Sie mich eine Stellungnahme zu den Ausführungen von Urs Capaul geben. Wir haben zu Beginn – und es ist auch in dieser Strategie ausgeführt – deutlich gesagt, dass wir uns mit dieser Demografiestrategie auf diejenigen Handlungsfelder konzentriert haben, die im Einflussbereich des Kantons und der Gemeinden liegen. Darum haben wir gewisse andere, wie unter anderem der Gini-Index weggelassen. Das ist anderenorts bereits ausgeführt. Aber es ist selbstverständlich, dass dies auch eine Basis ist. Beachten Sie bitte in dieser Demografiestrategie ist das enthalten, es liegt im Einflussbereich von Kanton und Gemeinden. Der Punkt mit den Gemeinden ist entscheidend wichtig, denn wir alleine können nichts tun. Darum sind auch gewisse Ausführungen, beispielsweise Quartierplanungen das Handlungsfeld, in denen die Gemeinden aktiv werden müssen.

Zum Votum von Marcel Montanari: Das ist ja genau die Herausforderung, wenn man den Studienteil betrachtet. Wie Anfangs gesagt, es gibt einen Studienteil und den strategischen Teil mit den Massnahmen. Was aus dem Studienteil herausgeht, dafür braucht es dieses Papier nicht. Das wissen wir ja eigentlich. Aber es zeigt, dass es uns vor Herausforderungen stellt, dass bis 2040 im Verhältnis die erwerbsfähige Bevölkerung abnehmen wird. Nicht nur in Bezug auf den Wohlstand, sondern eben auch auf die Fachkräfte, auf das Sicherstellen des Betriebes, insbesondere auch Pflege, Bildung und so weiter. Hinter diesem Hintergrund haben wir den strategischen Teil dieser Demografiestrategie erarbeitet. Mit den Massnahmen ist alles daran zu setzen, dass wir dies auffangen können. Nicht nur in Bezug auf künftigen Verzicht von möglichem Wohlstand, sondern dass wir diese erwerbstätige Bevölkerung halten können. Dies mit den Steuereinnahmen und einem haushälterischen Umgang der Mittel. Das ist, was wir immer tun und immer getan haben. Wir sollen diesen Wohlstand sicherstellen, zu Gunsten der ganzen Bevölkerung. Aber nochmal, ich danke Ihnen für Ihre Aufnahme, für das aufmerksame Durcharbeiten dieser Demografiestrategie. Behalten Sie das Dokument ganz oben. Wir werden immer wieder Bezug darauf nehmen.

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

### **Detailberatung**

## Ziff. 6 Strategische Schwerpunkte und Massnahmen

**Andreas Schnetzler (EDU):** Ich spreche zur Demografiestrategie, Seite 18, Massnahme M2. Dies ist gleich inklusive Massnahme M23, die auf Seite 28 zu finden ist. Doch grundsätzlich gilt in diesem Bericht, wir können sehr detailliert von den Herausforderungen, Massnahmen und dem Handlungsbedarf lesen. An der Infoveranstaltung, an der ja einige von uns teilgenommen haben, aber nicht so viele, konnten wir uns ja zusätzlich noch informieren und auch Umsetzungsmöglichkeiten anhand von Beispielen kennen lernen. Doch über die eigentliche Ursache unseres Problems lesen wir sehr wenig. Das eigentliche Hauptproblem ist doch ganz kurz zusammenzufassen. Heutige Paare haben zu wenige Kinder. Das ist das Grundproblem, das überhaupt zu dieser Strategie führt. Dieser Bericht ist aus meiner Sicht etwas einseitig und das finde ich falsch. Massnahme M2 und M23 wollen eines erreichen. Sie ermöglichen es Kinder zu haben und dies mit der Arbeitswelt zu kombinieren. Das ist grundsätzlich nicht falsch, das ist richtig, das ist sogar in Zukunft nötig. Jetzt gibt es aber verschiedene Paarmodelle. Erstens gibt es Paare, die keine Kinder wollen oder bekommen können. Zweitens gibt es Paare, die ein bis zwei Kinder haben und bei denen heute vielfach beide Elternteile in der einen oder anderen Form im Arbeitsprozess bleiben. Drittens gibt es Paare, die drei bis fünf oder sogar noch mehr Kinder haben. Ja diese Spezies der Gruppe drei gibt es immer noch. Zum Glück. Auch wir zu Hause haben vier Kinder und ich weiss, was das heisst und gehöre auch zu dieser Gruppe. Somit sind diese definitiv nicht schuld daran, dass die Schaffhauser Demografie ein Problem hat. Doch genau hier kritisiere ich diesen Bericht. Wenn ich die Paare beobachte, die Tagesschulen und familienergänzende Betreuungsangebote in Anspruch nehmen, so gehören sie meistens zu der Gruppe, die ein bis zwei Kinder haben. Ich sehe ein, es braucht gewisse Angebote. Genau dies fordern die Massnahmen M2 und M23. Dieser Bericht hört aber bei M28 auf und mir fehlt M29, Förderung und Unterstützung kinderreicher Familien. Fakt ist doch, diese Paare leisten den aktivsten Beitrag, um das eigentliche Grundproblem, das wir haben, zu lösen. Die Kinder-Fremdbetreuung ist für diese Familien aber nicht immer die optimale Lösung. a) Es ist finanziell nicht immer sinnvoll. Denn es verschlingt meist mehr Ressourcen auf der einen Seite, als es bei den Erziehungsberechtigten durch den vollen Verbleib im Arbeitsprozess zusätzlich wieder erwirtschaftet werden kann und b) ist dies eine Riesenherausforderung für die Paare am Morgen und am Abend. Wenn sie eigentlich ihre eigene Erholung nötig hätten, dann sind die Kids da und diese können durchaus auch einmal anstrengend sein. Von den Krankheitsphasen der Kinder wollen wir hier gar nicht reden. Von daher betrachte ich Familienmodelle, bei denen der eine oder

der andere Elternteil da ist, sind beide gefordert, die nötige Aufmerksamkeit und den Kindern die Betreuung schenken, nicht als veraltet, sondern nach wie vor kann das für einzelne Paare ideal sein. Ich will das Rad der Familienpolitik nicht einfach fünfzig Jahre zurückdrehen, aber ich will, dass jene Paare, die bereit sind drei, vier oder sogar mehr Kinder zu haben, ebenfalls unterstützt und gefördert werden. Denn sie leisten am meisten gegen die negative demografische Entwicklung. Darum meine Frage an die Regierung: Wurde in diesem Bericht und in dieser Strategie nicht zu einseitig auf Fremdbetreuung gesetzt? Zweitens: Gibt es nicht auch die Möglichkeit, Paare mit Kindern, die Kinder bekommen, zu unterstützen und zu fördern, egal welches Familienmodell sie selber wählen und drittens, könnte es sogar vielleicht sein, dass Renzo Lojudice mit seinem Vorstoss Motion Nummer 3/2017 namens «Ideales Lebensumfeld für Familien – Anpassung der Familienzulagen» einen möglichen Lösungsweg aufzeigt?

**Martina Munz (SP):** Ich habe eine grundsätzlichere Frage. In Kapitel sechs sind die strategischen Schwerpunkte und Massnahmen aufgelistet. Ich finde das eine sehr gute Auslegeordnung. Für mich steht die Frage im Raum, wie es nun weitergeht. Was hat die Regierung im Sinn mit diesen 28 Massnahmen? Welche Kosten kommen noch auf uns zu? Wie will sie diese umsetzen? Kommt jetzt ein Umsetzungsprogramm? Was erwartet uns? Ich habe ein bisschen die Befürchtung, dass wir nun ein sehr gutes Papier vor uns haben, mit vielen Massnahmen und diese gleich wieder in der Schublade verschwinden. Sei es aus Kostengründen oder weil ein Umsetzungsprogramm fehlt. Ich bitte die Regierung da Klarheit zu schaffen.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** Ich habe es eingangs, bei der Eröffnung des Traktandums erwähnt. Ein grosser Teil dieser Massnahmen sind bereits schon in die aktuelle Legislaturplanung eingeflossen. Dieses Papier mit diesen Massnahmen wird uns begleiten, damit sie aufgenommen und umgesetzt werden, dazu gehört natürlich auch die entsprechende Finanzierung. Wie will man das tun? Wie das ja in Schaffhausen der Fall ist, sind sowohl die Legislaturplanung, als auch die ständige Finanzplanung immer aufeinander abgestimmt. An beiden Orten muss das enthalten sein. Dann nimmt man das in Angriff und im detaillierten Jahresprogramm steht konkret, wie man das tun wird. Das gilt auch für diese Demografiestrategie, von der schon ein grosser Teil der Massnahmen im Legislaturprogramm enthalten sind. Wie dieses Thema der Tagesstrukturen, respektive Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da ist bekanntlich schon eine Vorlage auf dem Tisch. Wir wollen das in den nächsten Jahren umsetzen.

**Martina Munz (SP):** Vielen Dank Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel für diese Antwort. Ich beziehe mich konkret zum Beispiel auf die Fragen

M19 «Attraktiven Wohnraum für Familien fördernden» und M20 «Altersgerechten Wohnraum fördern». Der Kanton Schaffhausen hat nicht sehr viel Land, das ist eigentlich logisch. Jetzt kommt aber das Land Grafenbuck zum Verkauf und die Massnahmen M19 und M20 sind in der Vorlage gar nicht behandelt. Wenn man eigentlich nach diesen Massnahmen leben möchte, müsste man mindestens in der Vorlage sagen, warum man M19 und M20 mit dieser Vorlage nicht umsetzt. Da vermisse ich etwas die Haltung der Regierung bei allen ihren Vorlagen, um diese Massnahmen umzusetzen.

**Markus Fehr (SVP):** Die Regierung rechnet mit einem Bevölkerungswachstum von über 10'000 Personen bis 2040. Dies hauptsächlich wegen der Zuwanderung. Die staatliche Infrastruktur stösst heute vielerorts schon an ihre Grenzen. Verstopfte Strassen, überfüllte Züge, Kläranlagen, die ausgebaut werden müssen, um nur einige Beispiele zu nennen. Dazu kommt der Druck auf die Löhne der hier ansässigen Bevölkerung. Die Sozialkosten steigen, die Bodenpreise und die Mietpreise steigen. Ein Normalverdiener kann sich immer weniger eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus leisten. Der Druck auf die Natur steigt. In Rüdlingen müssen schon Ranger angestellt werden, um die Besucherströme im Naturzentrum, im Naturschutzgebiet zu kanalisieren. Ich frage mich, was dieses starke Bevölkerungswachstum der hier ansässigen Bevölkerung bringt. Wir sollten viel mehr Qualität statt Quantität bei der Zuwanderung anstreben.

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft.

Der Rat hat vom Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 21. Februar 2017 betreffend Demografiestrategie Kanton Schaffhausen (Orientierungsvorlage) Kenntnis genommen - Das Geschäft ist erledigt.

## **2. Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 24. Januar 2017 betreffend Legislaturprogramm 2017–2020 (mit Rechenschaftsbericht 2013–2016)**

Grundlagen:           Legislaturprogramm 2017-2020 (mit Rechenschaftsbericht 2013–2016)

**Kantonsratspräsident Thomas Hauser (FDP):** Zu diesem Geschäft gibt es keine eigentliche Eintretensdebatte. Es besteht aber die Möglichkeit, zu Beginn der Debatte allgemeine Bemerkungen anzubringen.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** In der vor bald sechs Monaten begonnenen Legislaturperiode 2017 bis 2020 sind für den Regierungsrat wiederum fünf Schwerpunktthemen ganz zentral. Schaffhausen als Lebensstandort und als Wirtschaftsstandort zu stärken, die Umsetzung der soeben diskutierten Demografiestrategie, das Realisieren der grossen Infrastrukturprojekte und die Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden. Im Legislaturprogramm zeigen wir nebst den einzelnen Zielen auch auf, wie und mit welchen Mitteln wir diese uns gesteckten Ziele in den kommenden vier Jahren erreichen wollen. Die Standorte Schaffhausen sind auf einem hohen Niveau. Es gilt sie zu halten, zu festigen und weiterzuentwickeln.

Darum sind die Strategien und Zielsetzungen für die nächsten vier Jahre vorwärts gewandt oder man kann auch sagen, aus dem Tal der Tränen der Sonne entgegen. Es braucht aber auch ein politisches Umfeld für mutige und zukunftsgerichtete Ideen. Es reicht nämlich nicht, nur nach einer Regierung mit einem vorwärts gewandten Blick oder gar mit Visionen zu rufen. Oder ihr sogar zu unterstellen, sie habe überhaupt keine Ideen und sei mutlos. Unsere mutigen Umsetzungsvorschläge, die bei Ihnen teilweise schon auf dem Tisch liegen, «Tagesstrukturen», «Volksschule aus einer Hand», werden in dieser Legislatur mit weiteren ergänzt. Wir wünschen uns in dieser neuen Legislatur einen Kantonsrat, der das nötige Umfeld bietet, damit diese mutigen für die Weiterentwicklung unseres Kantons wichtigen Vorschläge positiv aufgenommen, diskutiert und dann umgesetzt werden können. Zwar sind die Herausforderungen gross, das ist unbestritten. aber unser Potenzial im Kanton ist mindestens ebenso gross. Dieses Potential sollten wir gemeinsam nutzen. Parallel zur Erarbeitung des Legislaturprogramms haben wir auch über die vergangenen vier Jahre Bilanz gezogen. Sie haben den Rechenschaftsbericht erhalten. Der allergrösste Teil der Ziele der Legislaturperiode 2013 bis 2016 sind erreicht. Die Mehrheit der Projekte ist abgeschlossen, beziehungsweise konnten im Rahmen der Erwartungen vorangetrieben werden.

Die Bilanz ist also positiv. Aber seit bald sechs Monaten ist die Legislaturperiode 2013 bis 2016 Wasser unter der Brücke und soll darum auch nicht in erster Linie Gegenstand der heutigen Auslegeordnung und Diskussion sein. Der Regierungsrat freut sich darauf, das Legislaturprogramm 2017 bis 2020 mit Ihnen zu diskutieren und ist gespannt, Ihre Meinungsäusserungen darüber zu hören.

**Pentti Aellig (SVP):** Die Fraktion der SVP-EDU hat das vorliegende Legislaturprogramm 2017 bis 2020 studiert und diskutiert. Wir sind der Meinung, dass die fünf definierten Schwerpunktthemen richtig gewählt sind. Beim Schwerpunkt «Lebensstandort stärken» verfügen wir über vielversprechende Ressourcen. Wir sind überzeugt, dass mit der angekündigten

Raumentwicklungsstrategie das Potenzial des Schaffhauser Wohnraums besser ausgeschöpft werden könnte. Bei diesem Schwerpunkt stellt der Regierungsrat auch die Integration der zugewanderten Migranten in den Vordergrund. Das ist begrüssenswert. Aber eine Frage wurde schon bei der vorgegangenen Präsentation gestellt. Was bedeutet «die angestrebte gegenseitige Integration»?

Ich habe diesen Begriff noch nie zuvor gehört. Müssen die Schaffhauser jetzt syrisch lernen? Was ist der Beweggrund des Regierungsrats, dass auch die Schaffhauserinnen und die Schaffhauser sich in den Integrationsprozess begeben müssen? Beim Thema Energie fehlt uns die Meinung unseres Auftraggebers. Die Rede ist vom obersten Souverän, der Schaffhauser Bevölkerung. Am 8. März 2015 hat unsere Bevölkerung die Revision des Baugesetzes abgelehnt. Trotz klarer Haltung des Volkes steht nun im Legislaturprogramm folgender Satz: «Trotz der Abstimmung ändert sich an der Ausgangslage allerdings nichts.» Das klingt schon etwas überheblich. Grosse Teile der Bevölkerung und viele bürgerliche Politiker stören sich an der Umverteilungspolitik, an der Verschandelung der Landschaft, am Import von Kohlenstrom und an der Entwertung unserer Wasserkraft. Wir hoffen, dass Regierungsrat Martin Kessler auf die Schaffhauser Bevölkerungsmehrheit Rücksicht nimmt und auf eine Energiepolitik verzichtet, die auf Umverteilung basiert. Selbst die Führung der EKS gibt es offen zu. Ohne KEV wären unsere Windräder völlig unrentabel. Langfristig gesunde Finanzen führen über einen attraktiven Wirtschafts- und Wohnstandort und sie führen über tiefe Steuern.

Es ist im kantonalen Vergleich mehrfach bewiesen. Ein tiefer Steuerfuss wirkt sich auf das Steuersubstrat äusserst positiv aus. Die überall wachsende öffentliche Hand kann man bekanntlich nur eindämmen, indem man ihr die finanziellen Mittel entzieht. Wir brauchen in unserem Kanton tiefe Steuern, dann bleiben Leistungsträger und Unternehmer in unserem Kanton. Aber es gibt im vorliegenden Legislaturprogramm auch Themen, die von links bis rechts überall über die Parteigrenzen hinaus übereinstimmend beurteilt werden. Bei der Präsentation vor den Parteipräsidenten haben bei einem Thema alle Parteipräsidenten mit ihren Fragen in dieselbe Richtung gezielt. Was wird nun konkret beim Schwerpunktthema Finanzierungsentflechtung unternommen? Am Abstimmungssonntag, als das Thema «Zwangsfusionen» von uns versenkt wurde, versprochen Sie, Regierungsrat Ernst Landolt, dass die Finanzierungsentflechtung an die Hand genommen wird. Gibt es schon konkrete Anpassungsvorschläge beim interkantonalen Finanzausgleich zwischen Kantonen und Gemeinden? Gibt es konkrete Ideen? Gibt es im Zusammenhang mit der versprochenen Strukturreform schon einen Fahrplan? Wann wird die im Legislaturprogramm versprochene Vorlage zum Finanzausgleich an den Kantonsrat fertiggestellt? Bei der Präsentation des Legislaturprogramms

konnte man feststellen, dass sich die Parteipräsidenten aller Schaffhauser Parteien zumindest erstaunlich einig waren. Alle fanden es schade, dass im vorliegenden Legislaturprogramm nicht schon erste konkrete Massnahmen zum Thema «Wer zahlt, befiehlt.» enthalten sind. Bei der Vorlage «Volksschule aus einer Hand» wird die versprochene Finanzierungsentflechtung jedenfalls kaum umgesetzt. Im Gegenteil. Die Vorlage will die Hoheit der Schule an den Kanton übertragen. Die Gemeinden müssen jedoch weiterhin bezahlen. Das bringt keine Finanzierungsentflechtung von «Wer zahlt, befiehlt.». Keine Spur. Diese Vorlage basierte eher auf dem Motto: «Wer befiehlt, hat keine Ahnung vom Zahlen.» Der Kanton Schaffhausen hat heute die teuerste Schulstruktur der Schweiz. Die Fraktion der SVP-EDU sieht den Lösungsansatz in der Ausarbeitung einer Schülerpauschale pro Schüler für die Gemeinden. Die grösste Fraktion des Schaffhauser Kantonsrats zollt allen unseren Lehrern grossen Respekt.

Wir hoffen, dass bei all diesen vorliegenden, geplanten und verworfenen Bildungsvorlagen die Schüler und die Lehrer wieder ins Zentrum gerückt werden. Wir hoffen auch, dass die Bildungsverwaltung wieder auf eine gesunde Grösse zurückgefahren wird. Zum Schluss noch eine wichtige Frage zur Schaffhauser Siedlungsentwicklung:

Wir haben bereits bei der Vorlage zum Bildungszentrum Geissberg gehört, wie schwierig Umzonungen wegen dem revidierten Bundesgesetz über die Raumplanung im Moment sind. Das neue Raumplanungsgesetz verpflichtet die Kantone zur Erarbeitung einer detaillierten Raumentwicklungsstrategie. Gibt es da einen Zeithorizont, wann diese Raumentwicklungsstrategie vorliegt, ist damit schon begonnen worden? Diese Frage interessiert uns sehr. Die Fraktion der SVP-EDU unterstützt das vorliegende Legislaturprogramm und ist der Meinung, dass viele strategische Ziele richtig definiert sind, für eine zeitnahe Finanzierungsentflechtung für tiefe Steuern. Für eine landschaftsschöne Energiepolitik, für gute Rahmenbedingungen unserer Lehrer und Schüler und für eine dynamische Raumplanungsstrategie werden wir uns geschlossen einsetzen.

**Werner Bächtold (SP):** Wir haben dieses Legislaturprogramm bereits anfangs Jahr ziemlich ausführlich besprochen. Ich möchte nicht wiederholen, was wir damals besprochen haben. Es ist ja auch bereits ein halbes Jahr vergangen und wir sollten eigentlich die Zeit nutzen, um an die Umsetzung dieses Legislaturprogramms zu gehen.

So ein Legislaturprogramm, namentlich wenn es da mit diesem schönen Bild daherkommt, ist vorerst ein Stück Papier und auf 31 Seiten stehen schöne und teilweise, wie es Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel gesagt hat, mutige Ziele.

Die Umsetzung dieser Legislaturziele allerdings ist Knochenarbeit. Diese Knochenarbeit muss nicht nur die Regierung und die Verwaltung leisten.

Die müssen auch wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte leisten. Die SP-JUSO-Fraktion ist bereit. Bei der Debatte über die schulergänzenden Tagesstrukturen hat sie auch den Tatbeweis dazu gebracht. Wir sind bereit, die Regierung bei mutigen Schritten zu unterstützen.

Ich habe es vorhin bei der Demografiestrategie gehört, ich habe es jetzt auch wieder von Pentti Aellig gehört, Steuern seien ein Thema. Das ist richtig, die Steuern sind ein Thema. Ein Wichtiges, das dürfen wir nicht unterschätzen. Gute steuerliche Rahmenbedingungen sind nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch die Bevölkerung wichtig. Aber ich denke, das Hohelied der Steuersenkungen ist Vergangenheit. Wir müssen auch weitere Massnahmen treffen, um einerseits in diesem Legislaturprogramm vorwärts zu kommen. Denn das Jahr 2020 kommt schneller, als man glaubt. Wir müssen mit dem Hintergrund der Demografiestrategie vorwärts machen. Ich habe vorher von Andreas Schnetzler mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die schulergänzenden Tagesstrukturen nicht mehr in der ganzen SVP-EDU-Fraktion ein Feindbild sind. Man hat akzeptiert, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eben gute Strukturen braucht. Ich habe von Andreas Schnetzler auch gehört, was in der Familienpolitik noch fehlt. Es fehlt nicht nur das, was Sie erwähnt haben, es fehlt in unserem Kanton auch ein Jugendhilfegesetz. Das haben wir auch nicht. Wir haben aber die Motion 3/2017 von Renzo Loiudice «Ideales Lebensumfeld für Familien – Anpassung der Familienzulagen» vorliegen, Sie haben sie zitiert. Ich gehe davon aus, dass man diese Motion dann genau in Ihrem Sinn grossmehrheitlich überweist. Denn damit kommen wir auch in diesem Teil weiter.

Ich komme wieder zurück auf die Rolle des Kantonsrats – wir dürfen nicht schon beim ersten Geschäft, das aus diesem Legislaturprogramm, respektive auch aus der Demografiestrategie auf unserem Tisch liegt einknicken. Das wäre, die Umsetzung von schulergänzenden Tagesstrukturen, diese für die Gemeinden als obligatorisch zu erklären.

Wir sind, ich wiederhole mich, einer der letzten Kantone, der noch keine gesetzliche Bestimmung für schulergänzende Tagesstrukturen hat. So denke ich, sind wir zu wenig mutig. Ich versichere der Regierung, dass die SP-JUSO-Fraktion weiterhin mutige Schritte nicht nur in diesem Bereich, auch in anderen, kräftig unterstützen wird.

**Beat Hedinger** (FDP): Die FDP-CVP-JF-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für das vorliegende solide Legislaturprogramm 2017 bis 2020 und den Rechenschaftsbericht 2013 bis 2016. Es ist immer wieder sehr eindrücklich aus diesen Berichten zu erfahren, welche Ziele verfolgt werden und welche Ziele schliesslich auch erreicht worden sind.

Das Legislaturprogramm ist aus unserer Sicht ein wichtiges Papier mit einer Gesamtschau über die geplanten Ziele und Massnahmen der Regierung für die nächsten vier Jahre. Gleichzeitig bildet es auch einen Orientierungsrahmen und wird helfen, aufkommende Probleme besser zu erkennen oder bereits vorhandene Probleme zielführend zu bearbeiten.

Das Legislaturprogramm 2017 bis 2020 mit seinen teilweise sehr komplexen 87 Zielen und 130 aufgeführten Massnahmen in zehn Sachgebieten ist aus unserer Sicht auch ein wichtiges und hilfreiches Instrument zur mittel- und langfristigen Planung. Das Legislaturprogramm und der Rechenschaftsbericht geben zudem dem Parlament und auch interessierten Bevölkerungskreisen wichtige Informationen über die Tätigkeiten der Regierung und der Verwaltung. Um diese im Legislaturprogramm 2017 bis 2020 aufgeführten Ziele erreichen zu können, braucht es unter anderem auch Wille, Energie und, wir haben es schon zwei Mal gehört, auch Mut, Durchhaltevermögen aber auch das Vertrauen des Parlaments gegenüber der vom Volk gewählten Regierung.

Ich rufe das Parlament auf, die Regierung bei der Umsetzung der Legislaturziele 2017 bis 2020 zu unterstützen und rufe auch dazu auf, den Arbeiten und Tätigkeiten der Regierung wieder vermehrt das nötige Vertrauen auszusprechen. Die FDP-CVP-JF-Fraktion wird auch in den nächsten Jahren die Regierung und die Verwaltung bei der Umsetzung der Ziele und Massnahmen bestmöglich und mit dem nötigen Vertrauen unterstützen.

**Regula Widmer (GLP):** Gerne gebe ich Ihnen die Stellungnahme der GLP-EVP-Fraktion bekannt. Unsere Fraktion hat vom Legislaturprogramm 2017 bis 2020 des Regierungsrates zusammen mit dem Rechenschaftsbericht der Jahre 2013 bis 2016 Kenntnis genommen.

Unsere Vertreter waren bei der Aussprache zum Legislaturprogramm mit der Regierung am 27. Februar 2017 im Kantonsrat zugegen. Wir haben damals etliche Fragen gestellt. Ich verzichte darauf, diese Fragen nochmals zu wiederholen. Den Rechenschaftsbericht werden wir nicht weiter kommentieren, die Regierung hat einige, aber nicht alle, ihrer gesteckten Ziele erreicht oder sie ist noch daran, diese zu erreichen.

Zuerst einige grundsätzliche Aussagen zum Legislaturprogramm. Meine Vorredner haben schon etliches erwähnt. Ich verzichte daher darauf, diese Punkte zu wiederholen. Wir schätzen die grosse Arbeit und die Transparenz, die mit diesem Bericht erreicht werden soll und sind uns bewusst, dass die formulierten Ziele als Schwerpunkte und Anreize verstanden werden müssen.

Unsere Fraktion unterstützt den Regierungsrat in seinen Bestrebungen, den Kanton Schaffhausen als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort zu erhalten. Die formulierten Herausforderungen erachten wir als richtig,

jedoch sind die dazu bezeichneten strategischen Ziele oftmals so offen gefasst, dass sie bereits jetzt eine allgemeine Gültigkeit haben. Wir würden es begrüßen, wenn eher weniger Ziele fokussiert, diese jedoch griffiger und weniger offen formuliert werden.

Das heisst, dass schärfere Formulierungen hätten gewählt werden sollen. Auch hätten wir es begrüsst, wenn die Erkenntnisse, beziehungsweise die Massnahmen eins bis 28 aus der Demografiestrategie, vermehrt in die Legislaturziele eingeflossen wären. Die Situationsanalyse wurde gemacht, es entstand ein fachlich fundierter Bericht. Die Grundlage ist vorhanden, was damit politisch passiert, ist jedoch in der Schwebe. Wir hoffen sehr stark, dass die Erkenntnisse aus dem Bericht in geeigneter Form in die Jahresziele einfliessen werden und sich die Demografiestrategie nicht als Fleissarbeit der involvierten Fachkräfte herausstellen wird. Wir erkennen es an, dass sich der Regierungsrat bemüht, eine ganzheitliche Sicht auf die Herausforderungen der nächsten Jahre zu geben. Wir hätten uns gewünscht, dass der vorhandene Gestaltungsspielraum konsequenter spürbar wäre. Oftmals entsteht der Eindruck, dass mehr verwaltet, denn gestaltet werden soll.

Das vorliegende Programm ist mit seinen zehn weitgehend departementsübergreifenden Abschnitten komplex. Im Sinne eines rollenden Prozesses muss es ständig hinterfragt und angepasst werden. Für die nächsten vier Jahre sind einige grosse Brocken vorgesehen. So ist die Aufgaben- und Finanzierungsaufteilung ein Schwerpunktthema, das überprüft werden soll. Soll – das wissen wir alle, ist ein schwammiger Begriff. Hier hätten wir uns wirklich eine griffigere Formulierung bei den Zielen gewünscht.

Auch ist die laufende Massnahme aus dem EP 2014-Programm «Volkschule aus einer Hand» eine Herausforderung für alle involvierten Gremien. Wir sind der festen Überzeugung, dass es dazu eine Priorisierung und vor allem eine Etappierung braucht. Dazu auch, und das haben die Abstimmungen in den vergangenen Jahren gezeigt, eine Redimensionierung von gewissen Themen und Projekten. Wir sind uns bewusst, dass das Legislaturprogramm als Diskussionsgrundlage zwischen Regierung und Parlament dient. Daher freuen wir uns auf die nachfolgende Diskussion zu den entsprechenden Handlungsfeldern und werden uns bei einzelnen Themen nochmals melden.

**Urs Capaul (ÖBS):** Ich könnte mich jetzt Regula Widmer anschliessen und dann wieder gehen. Aber ich äussere mich doch noch zu ein, zwei Punkten, die vielleicht auch noch von Interesse sind. Grundsätzlich werden die fünf Schwerpunkte der Regierung genannt. Dies sind das nachhaltige Wachstum von Wirtschaft, Bevölkerung und Steuersubstrat, bei gleichzeitiger Erhaltung der Wohlfahrt und Lebensqualität. Allerdings vermischen wir den Hinweis auf die Ökologie. Diese dürfte unter anderem vermutlich unter

dem Thema Lebensqualität subsummiert sein. Es gibt aber nicht nur Bedürfnisse der Menschen, sondern auch solche der Natur.

Dieses quantitative Wachsen, ist nicht das, was wir unter Nachhaltigkeit verstehen. Wenn wir die Ziele darauf untersuchen und genauer anschauen, werden Sie sehen, dass doch noch Punkte bestehen, die auch hätten diskutiert werden können oder müssen. Schaffhausen als Lebensstandort, das erste Ziel heisst Infrastruktur, Bildungsangebot, Verbesserung von Beruf und Familie als Handlungsebenen. Das heisst aber nicht, beispielsweise eine Anpassung der Siedlungen an die Klimaänderung. Das gehört auch zu diesem Thema, wenn es um eine Verbesserung des Lebensstandortes geht. Es gehört auch dazu, dass Wasser als kühlendes Element bereitgestellt wird, beispielsweise durch Austonung von kleinen Bächen. Dazu finden wir nichts. Beim Ziel «Wirtschaftsstandort stärken» werden steuerliche Wettbewerbsfähigkeit, Erhöhen der Technologie und Innovationsförderung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Anziehen von Firmen genannt.

Gerne hätte ich bei diesem Thema auch vertiefte Aussagen zum Agglomerationsprogramm und zum Regionalen Naturpark gehört. Denn beide können einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton liefern. Wir haben vorhin gehört, dass in Rüdlingen sich die Leute fast die Füsse wund stehen, weil sie zu wenig Zugang zu diesem Zentrum haben.

Ich hätte auch gerne etwas zur Energiestrategie 2050 gelesen, auch das wird nicht erwähnt. Es ist nicht so, Pentti Aellig, dass die Abstimmung 2015 gewesen ist. Wir haben am 21. Mai 2017 auch über die Energiestrategie abgestimmt. Der Kanton Schaffhausen hat diese angenommen.

Ich hätte gerne gewusst, wie es mit den «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich 2014» (MuKE n 2014) geht. Wann gedenkt der Regierungsrat diese einzuführen? Wann gedenkt er Ordnung in die kantonale Energiegesetzgebung zu bringen? Wie will er mit der Axpo-Beteiligung umgehen, falls er keinen Sitz im Axpo Verwaltungsrat mehr hat? Wie will der Regierungsrat auch mit der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft und der damit unweigerlich verbundenen Cyberkriminalität umgehen? Auch beim Umsetzen der Demografiestrategie gibt es etliche offene Punkte. Das haben wir vorhin bereits diskutiert. Bei den schulergänzenden Tagesstrukturen warten wir noch immer auf eine gesetzliche Grundlage. Auch diesbezüglich möchten wir noch vermehrt Aktivitäten des Regierungsrats sehen. Infrastrukturprojekte realisieren ist das vierte Ziel. Das Ziel «Bildungszentrum Geissberg» ist praktisch gestorben, hingegen befindet sich die Vorlage «Realisierung eines Polizei- und Sicherheitszentrums» auf gutem Weg. Wir unterstützen den Regierungsrat hierbei. Das fünfte Ziel ist «Entflechtung der Aufgaben und Finanzierung zwischen Gemeinden und Kanton». Verschiedene Vorlagen, die der Regierungsrat in letzter Zeit unterbreitete, kennen dieses Ziel praktisch nicht. So etwa die

Vorlage zum Natur- und Heimatschutz. Immer wieder gibt es neue Mischfinanzierungen. So erweist sich dieses Entflechtungsziel bisher als reiner Wunsch, als zahnloser Tiger. Zusammenfassend und positiv formuliert: Der Regierungsrat verpflichtet sich einer Kontinuität, basierend auf dem Bisherigen, in der Hoffnung – und jetzt zitiere ich unsere Finanzdirektorin – in der Hoffnung aus den Tränen zur Sonne zu kommen. Die AL-ÖBS-Fraktion wünscht der Regierung Mut und vor allem auch Durchhaltewillen bei der Umsetzung dieser Massnahmen.

**Marcel Montanari (JFSH):** Erlauben Sie mir, im Rahmen dieser allgemeinen Bemerkungen auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der meines Erachtens in diesen Zielen fehlt. Deshalb bringe ich ihn jetzt, weil ich nicht wüsste, wo ich ihn bei der Detailberatung erwähnen sollte. Es geht um den Umgang mit der Gewaltenteilung. Da spreche ich nicht nur von der horizontalen Gewaltenteilung, sondern vor allem auch von der vertikalen, das Verhältnis zwischen den Gemeinden zum Kanton und zwischen dem Kanton zum Bund. Wenn ich zurückschaue, habe ich den Eindruck, dass wir ein wenig die Tendenz haben, immer mehr zu zentralisieren. Spontan fällt mir nicht ein einziges Beispiel ein, wo wir in den letzten Jahren etwas dezentralisiert hatten. Das gilt sowohl bei uns innerhalb vom Kanton, als auch im Verhältnis Kanton zum Bund. Die Krönung war natürlich die Vorlage, in der man sogar in Erwägung zog, dass man die Gemeinden ganz abschaffen möchte. Die Vorlage «Volksschule aus einer Hand» ist auch in der Pipeline. Das ist irgendwann gefährlich, weil, wenn wir immer mehr zentralisieren, führt dies zu einer Machtakkumulation. Es führt dazu, dass immer weniger Gremien über immer mehr Menschen entscheiden. Das kann gefährlich werden. Das gleiche haben wir auch im Verhältnis zwischen dem Kanton und dem Bund. Mein Vorredner hat die Energiestrategie 2050 angesprochen. Es ist grausam, was man jetzt aktuell wieder liest, dass der Bundesrat fast jede der vielen Energiegewinnungsmöglichkeiten als Anlagen von nationalem Interesse einstufen möchte, damit man einfach sämtliche Naturschutzanliegen übergehen kann. Da werden wirklich Menschen und die lokalen Lebensräume übergangen, wenn solche Entscheidungen zentralisiert werden. Es kann durchaus mal sein, dass es in einem Bereich sinnvoll ist, eine Aufgabenteilung dahingehend zu machen, dass man etwas zentralisiert. Da bin ich nicht grundsätzlich immer dagegen. Aber man muss schauen, dass sich das Ganze im Gleichgewicht hält. Mir ist aufgefallen, dass wir nur Vorlagen hatten, die Richtung Zentralisierung gingen. Ich denke an die Friedensrichter. Das Volk hat dazu Ja gesagt. Ich bin heute ein bisschen hellhörig geworden - eine langjährige Mitarbeiterin hat ohne angegebenen Grund gekündigt. Ich weiss nicht, ob es einen Zusammenhang hat. Auf jeden Fall wird immer mehr zentralisiert. Die Regierung

müsste meines Erachtens schauen, dass diese Aufgabenverteilung zwischen Gemeinden, Kanton und Bund im Gleichgewicht gehalten wird. Ich habe diese Frage der Regierung auch gestellt. Leider gibt es keine Vorlage, wo wieder einmal etwas dezentralisiert wird, um dieses Gleichgewicht zu behalten.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** Gestern gab es einen wunderbaren Artikel zu Münzprägeanstalten, man könne diese kommunalisieren. Im Val de Bagnes, wo sie das früher gemacht haben, wäre dies noch eine Ergänzung zum Militär. Nein, ernsthaft, herzlichen Dank für ihre Voten zum Legislaturprogramm. Gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen. Wir werden zwar nachher durch die einzelnen Kapitel durchgehen. Ich bitte den Regierungsrat jeweils, die Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen zu geben. Die Integration auf Seite 21, im Kapitel sieben die Energie, auf Seite fünf und sechs im Kapitel eins. Gestatten Sie mir ein Wort zur Finanzierungsentflechtung. Diese wurde sehr oft betont.

Wir haben das Legislaturprogramm und konkret was im Jahr 2017 gemacht wird, ist in den Schwerpunkten der Regierungstätigkeit festgehalten so am Beispiel der Finanzierungsentflechtung. In den Schwerpunkten der Regierungstätigkeit in Kapitel drei «Finanzen und Steuern» auf Seite sechs steht ganz konkret, was wir im Jahr 2017 tun werden. Nämlich die Grundlagen erarbeiten, um ein gemeinsames Verständnis zwischen Gemeinden und Kanton haben zu können. In diesem Zusammenhang erinnere ich Sie gerne noch einmal an die Diskussion, die wir im Zusammenhang mit dem Postulat von Walter Hotz geführt haben. Wir haben damals aufgezeigt, dass es eine Gesamtsicht braucht und die Entflechtung nicht einzelsprungsweise angegangen werden kann. Bei dieser Gelegenheit teile ich Ihnen gerne auch nochmal das Ziel dieser Aufgaben und Finanzierungsentflechtung mit. Es ist die Balance der Veränderung des Nettoaufwandes zwischen den Gemeinden insgesamt und dem Kanton, diese wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Dass die Ziele manchmal etwas offen formuliert sind, das geben wir gerne zu, Regula Widmer. Auf der anderen Seite – auch hier am Beispiel der Finanzierungsentflechtung – so, wie das hier formuliert ist, soll am Schluss der Kantonsrat entscheiden. Wir wünschen uns, dass er das tut, aber wir haben das Wort «soll» gewählt. Konkret sprechen wir über die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit 2017. In diesem Sinne denke ich, dass wir in der Detailberatung dann bereit sein werden. Marcel Montanari, auch Ihr Anliegen, die Gewaltentrennung vertikal, ist darin enthalten. Ich schlage vor, dass wir das in Kapitel zehn vielleicht nochmal aufnehmen. Dort gehört es eigentlich hin, wobei das ist ein Punkt, der sich wahrscheinlich nicht einfach so formulieren lässt, weil das immer wieder ein Schwerpunkt ist. Im Moment gibt es das Bundesprojekt der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung. Das soll beim Bund, in den Kantonen

und den Gemeinden sein. Bei jeder einzelnen Aufgabenstellung muss man sich diese Frage stellen, wo sollen die Kompetenzen angeordnet werden, respektive angesiedelt oder nicht angeordnet werden. In diesem Sinne danke für die gute Aufnahme und wir sind gespannt auf die Beratungen.

## **Detailberatung**

### **Rechenschaftsbericht 2013–2016**

Das Wort wird nicht gewünscht.

### **Legislaturprogramm 2017 bis 2020**

#### **Ziff. 1 Volkswirtschaft**

**1. Vizepräsident Walter Hotz (SVP):** Was versteht der Volkswirtschaftsdirektor unter «Verbesserung der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes» und was bedeutet Schaffung von Arbeits- und Entwicklungszonen? Was bedeuten die Zonen und beide Massnahmen, operative Umsetzung planerische Sicherung geeigneter Flächen für Industrie KMU und Gewerbe? Ich erlaube mir eine Bemerkung noch auf Seite sechs zum Regionalen Naturpark. Wie immer wurde mit grossem Mediengetöse mitgeteilt, dass eine Schaffhauser Salami jetzt gekauft werden kann und da frage ich mich, wo hier die wertschöpfungsintensive Auslegung für den regionalen Naturpark sein kann.

**Regierungsrat Ernst Landolt:** Walter Hotz hat vier Fragen angesprochen. Erstens, was die Erhaltung und Verbesserung der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes bedeutet. Wir haben im Kanton Schaffhausen natürlich die Absicht, laufend die Rahmenbedingungen zu verbessern. Ich erinnere Sie daran: Beim Arbeitsamt bieten wir eine Reihe von innovativen Programmen an, um beispielsweise Stellensuchenden bessere Wiedereinstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt zu geben. Ich könnte Ihnen viele weitere Massnahmen aufzählen. Wir haben schweizweit in dieser Beziehung einen guten Ruf und unsere Programme werden in verschiedenen Kantonen bereits auch kopiert. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gehören zudem nicht nur die Programme beispielsweise für Leute über fünfzig und für Jugendliche, die eine neue Stelle suchen, sondern auch allgemeine Rahmenbedingungen. Wenn Sie mit den Exponentinnen und Exponenten der Wirtschaft sprechen dann hören Sie, dass diese Leute immer wieder verlangen, dass wir gute Bedingungen setzen, damit die Leute überhaupt hierherkommen, um hier arbeiten zu können. Das bedeutet auch, dass wir Programme und Möglichkeiten anbieten, um Beruf und

Familie unter einen Hut zu bringen. Das ist ein grosses Anliegen, auch seitens der Wirtschaft. Wir arbeiten bekanntlich daran. Zur zweiten Frage von Walter Hotz: Was verstehen wir unter Schaffung von Arbeits- und Entwicklungszonen für Industrie, KMU und Gewerbe. Da dies eigentlich in erster Linie ein Raumplanungsthema ist, kann dazu vielleicht der Baudirektor ein zwei Worte verlieren.

Fakt ist, dass wir bei der bekanntlich knappen Ressource von Boden für die Entwicklung der Wirtschaft, für die Erstellung von Gebäuden und für die einheimische Wirtschaft schauen müssen, wo das am besten gemacht wird. Wo können wir allenfalls Bündelungen vornehmen, um entsprechende Zonen auszuscheiden und dort für Industrie und Gewerbe Platz zu schaffen. Die dritte Frage ist die planerische Sicherung geeigneter Flächen für Industrie, KMU und Gewerbe. Da kann ich die gleiche Antwort wie auf die zweite Frage geben, die allenfalls von Regierungsrat Martin Kessler noch ergänzt werden kann. Viertens, das Thema Naturpark. Das müssen wir nicht in aller Breite diskutieren. Ich erinnere Sie, insbesondere Walter Hotz daran: Man kann vom Naturpark halten was man will, aber er ist eine Angelegenheit der Gemeinden. Diejenigen, die zum Naturpark gehören, haben sich entschieden, diesen Naturpark in einer zehnjährigen Betriebsphase zu führen. Dazu gehört auch, dass man die unterschiedlichsten Projekte lanciert. Man kann von den einzelnen Projekten halten, was man will. Tatsache ist, dass der Naturpark das Ziel der Verbesserung der Wertschöpfung, insbesondere im ländlichen Raum, verfolgt. Ich habe das schon wiederholt betont: Der Naturpark ist eine Chance zur wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raums. Die Mittel, die von Seiten der öffentlichen Hand eingesetzt werden, sind eigentlich gleichzusetzen mit der Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum. Ich denke, Sie erwarten von mir nicht, dass ich zu einem speziellen Produkt wie der angetönten Salami weiter Stellung nehmen muss.

**Regierungsrat Martin Kessler:** Ich bin froh, dass Pentti Aellig auch wieder am Platz sitzt, denn er hat eine Frage zu Seite sechs nach der Raumentwicklungsstrategie gestellt. Diese Frage wurde vom Volk 2013 mit dem Entscheid, das eidgenössische Raumplanungsgesetz anzunehmen, beantwortet. Wir sind dran, einerseits die Baugesetzrevision durchzuführen, die diese Punkte enthält und die geklärt werden müssen. Das ist in den Legislaturzielen, wie auch im Jahresziel 2017 enthalten. Den aktuellen Stand dazu kennen Sie bestens. Wir werden kurz nach den Sommerferien mit der Teilrevision des Baugesetzes erneut an die Regierung herantreten. Im Laufe des Spätsommers sollte die Vorlage in den Kantonsrat kommen. Der zweite Teil ist die Revision des Richtplans. Auch da ist der aktuelle Stand bekannt, die Teilrevision ist zur Vernehmlassung bei den Gemeinden. Dort sind die wesentlichen strategischen Ziele definiert und es wird

aufgezeigt, wo die Reise im Bereich Siedlung hingehen soll. Ein Teil dieser Richtplanrevision ist die Thematik Arbeits- und Entwicklungszonen. Diese wird neu aufgenommen, was ein sehr grosses Anliegen der Wirtschaft ist. Zukünftig definieren wir Zonen, wo eine Entwicklung im Bereich Gewerbe und Industrie möglich sein wird. Es sind noch keine Bauzonen ausgedehnt, aber das Gebiet ist definiert, wo so etwas denkbar wäre. Das sind die so genannten Arbeits- und Entwicklungszonen. Ich nehme gerne auch Stellung zu den Fragen bezüglich Energie auf Seite sechs Stellung. Pentti Aellig hat der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Regierung auf die Mehrheit des Volkes hört. Ich kann Ihnen versichern, das tun wir. Die Mehrheit des Volkes hat am 21. Mai 2017 Ja zum eidgenössischen Energiegesetz gesagt. Das ändert an der Ausgangslage, wie sie die Regierung schon länger – bevor ich Baudirektor war – aufgenommen hat, nichts. Die Kernenergie ist ein Auslaufmodell in der aktuellen Form, wie wir sie betreiben. Das war immer die Ausgangslage und der Kanton Schaffhausen hat die Behörden dazu verpflichtet, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Erstellung eines kontrollierten Tiefenlagers in der Region Schaffhausen zu wehren. Diese ganze Diskussion und Strategie ist in diesem Kontext damals entstanden. Nun bin ich insofern froh, nicht dass wir den Ausstieg aus der Kernenergie machen, aber dass sich das Volk endlich einmal klar dazu geäußert hat. Wir müssen jetzt nicht mehr darüber diskutieren, ob in den nächsten Jahren doch neue Kernkraftwerke in der Schweiz entstehen. Das wird nicht der Fall sein. Der Kanton Schaffhausen ist auch dazu aufgerufen, seinen Teil an den Ersatz für den wegfallenden Teil der Kernenergie zu leisten. Ein Teil dieses Ersatzes besteht aus Windenergie. Dies war schon immer die Strategie der Regierung. Wir sehen das auch tatsächlich bestätigt. Das heisst aber nicht, dass wir das machen, was die Gegner der Energiestrategie auf ihren Plakaten aufgezeigt haben. Die kommen aus ihren Reihen, Pentti Aellig. Wir werden nicht die Bergkirche Sankt Moritz in Hallau und den Emmersberg mit schönen Windrädern umgeben und zupflastern. Wir sprechen momentan von einem Windpark mit drei oder vier Windrädern auf dem Chroobach. Es gibt keine weiteren Diskussionen für weitere Projekte und sie sehen im Richtplan vier Standorte für Grosswindanlagen. Mehr nicht. Mit dem einem Windpark Chroobach würden wir die Hälfte der angestrebten Menge an Windenergie erreichen. Sie können sich errechnen, was allenfalls an Zupflasterung der Landschaften mit Windrädern noch geplant wird. Dann zur Frage von Urs Capaul bezüglich «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich 2014». Auch dieses Thema ist im Rahmen einer Baugesetzrevision zu lösen. Wir werden dies in der übernächsten Baugesetzrevision aufnehmen. Das steht auch so im Legislaturprogramm. Das Thema ist ebenfalls auf der Agenda. Urs Capaul hat die Frage nach dem Verfahren bezüglich Axpo, insbesondere wenn Schaffhausen nicht mehr im Verwaltungsrat vertreten

ist, gestellt. Da verweise ich auf die Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 04/2017 von Walter Hotz: «Marktwert der AXPO-Beteiligung und Einsitz im Verwaltungsrat». Darin ist einiges bezüglich Verwaltungsrat geklärt. Sie wissen, dass momentan Diskussionen bezüglich der Ablösung des Gründungsvertrags der Nordostschweizerischen Kraftwerke durch einen zeitgerechten Aktionärsbindungsvertrag am Laufen sind. Auch da sind wir aktiv dran das zu analysieren und uns dort auch entsprechend einzubringen.

**Pentti Aellig (SVP):** Ich habe noch zwei Fragen an Regierungsrat Martin Kessler. Sie haben von der Abstimmung zur Energiestrategie 2050 gesprochen. Das war eine nationale Abstimmung. Aber am 28. März 2015 haben wir über die Revision des Baugesetzes abgestimmt. Das war eine kantonale Abstimmung. Ich bitte Sie, als Regierungsrat des Kantons Schaffhausen, auch die kantonale Meinung zu berücksichtigen, nicht nur die übergeordnete Meinung des Bundes. Dann noch eine zweite kurze Bemerkung wegen der Windräder. Wir haben gehört, die Strategie der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) ist nicht exakt terminiert auf die nächsten zwanzig oder dreissig Jahre. Aber wenn jetzt die KEV gestrichen wird, und sich die Strategie ändert, entsteht eine spannende Frage. Wenn ich mich nicht täusche, wurde die Rentabilität auf 2034 herunter gerechnet.

**Regierungsrat Martin Kessler:** Selbstverständlich nimmt die Regierung das Abstimmungsergebnis aus 2015 bezüglich der Baugesetzrevisionen ernst. Sie können davon ausgehen, dass wir nochmals sehr sorgfältig analysieren, was damals das Problem war, warum die Revision nicht angenommen wurde. Die Vorlage wird entsprechende Änderungen erfahren. Bezüglich der KEV ist der Weg klar aufgezeigt. Wenn das neue Energiegesetz am 1.1.2018 in Kraft tritt, läuft noch sechs Jahre lang die KEV, solange können noch Förderbeiträge gesprochen werden. Das KEV-Programm ist insofern erledigt, als dass es nachher keine Zusagen mehr gibt. Die gemachten Zusagen müssen aber erfüllt werden. Das heisst, die 2.3 Rappen pro Kilowattstunde werden wahrscheinlich noch 20 Jahre eingezogen, denn diese Beiträge müssen ausbezahlt werden.

### **Ziff. 3 Finanzen und Steuern**

**Matthias Freivogel (SP):** Ich spreche zu Seite zwölf, zu den Legislaturzielen beziehungsweise zu den vorgesehenen Massnahmen. Die Aussage ist, der Kanton Schaffhausen nehme bei der Gesamtsteuerbelastung der juristischen Personen im schweizerischen Vergleich einen Spitzenplatz ein. Ich habe das schon an der letzten Sitzung gesagt und ich wiederhole es jetzt – das ist aus unserer Sicht nicht die richtige Zielsetzung. Diese müsste man korrigieren. Im ersten Drittel und bei den Massnahmen bei der

Umsetzung zwölf bis 12.5 Prozent ist mit uns nichts zu machen. Ich spreche jetzt Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel an, deren prägnante Handschrift ich hier einmal vermute – man muss das einfach im weiteren Zusammenhang sehen. Wir können nicht beim einen strategischen Ziel das vorderste anpeilen und dann beim anderen, was dazugehört, im hintersten bleiben. Das ist wie bei der Leichtathletik, im Zehnkampf.

Sie werden dort nie eine Medaille gewinnen, wenn Sie ihm Schnelllauf Platz eins oder zwei belegen und im Hochsprung eine Pumpe sind. Dann reicht Ihnen die Gesamtpunktzahl einfach nicht für einen vorderen Platz. So müssen Sie diese ganze Geschichte immer als Leichtathletikzehnkampf anschauen. Wir müssen bei jeder Disziplin genügend Punkte sammeln können. Natürlich dürfen Sie bei der einen Disziplin besser sein als bei der anderen. Aber nirgends dürfen Sie den hintersten Platz einnehmen. Dieser ist das kantonsweite Angebot an bedarfsgerechten Tagesstrukturen und Betreuungsmodellen als Beitrag zur Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Förderung neuer attraktiver Arbeitsmodelle. Solange wir hier nicht nur im letzten Drittel, sondern in den letzten zehn Prozent, werden wir es nie auf einen Spitzenplatz gesamthaft gesehen bringen. Deshalb muss ich ins Stammbuch der Regierung und in das des Parlaments schreiben: Wenn Sie hier nicht endlich vorwärts machen und was Sie das letzte Mal gemacht haben, ist ein My in die richtige Richtung. Da kommen wir vom letzten Platz einen Platz weiter nach vorne. So lange ist mit uns bei den Steuern auch nichts zu machen.

**Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel:** Schaffhausen ist eben nirgends eine Pumpe im Zehnkampf, Matthias Freivogel. Die Platzierung unter den Ersten bei den Steuern der juristischen Personen ist ein strategisches Ziel der Regierung. An diesem halten wir fest. Wir werden diese im Rahmen der Vorlage zur Steuervorlage 2017, die jetzt in der Pipeline als Nachfolgeprogramm der Unternehmenssteuerreform III ist, im Detail diskutieren. Aber vergessen Sie nicht, 2008 hatte der Kanton Schaffhausen diese Spitzenposition im Bereich der Steuern der juristischen Personen. Diese Position hat sich sehr gelohnt. Wir konnten in anderen Bereichen, um jetzt beim Zehnkampf zu bleiben, zünftig aufholen und uns mehr Leistungen erlauben, als dies früher der Fall war. Wenn Sie das Beispiel der Tagesstrukturen verwenden, auch darüber stimmen wir ab. Dann werden wir sehen, wie diese in Anspruch genommen werden. Die Aussage Schaffhausen habe den hintersten Platz, das ist eine Zumutung, Matthias Freivogel. Wir stehen da zugegebenermassen am Anfang. Aber lassen Sie die Familien entscheiden, wie sie diese Tagesstrukturen dann nutzen. Darum ist Schaffhausen nirgends eine Pumpe. Wir sind gute Zehnkämpfer in allen Feldern.

### **Ziff. 4 Bildung**

**Regula Widmer** (GLP): Auf Seite 13 werden die Ausgangslage, die Herausforderungen und Chancen im Bildungsbereich formuliert. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Qualität der Bildung sich entscheidend auf die Attraktivität und die Entwicklung des Kantons auswirkt. Ebenso wird darauf verwiesen, dass auf allen Stufen der Schulen und der Berufsbildung dem wirtschaftlichen Umfeld angepasste und wettbewerbsfähige Angebote vorhanden sein müssen. Ein zeitgemässes Bildungswesen ist damit ein wesentliches Element für den Erhalt und die Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Schaffhausen. Derselbe Regierungsrat, der diesen Schwerpunkt nun in den Vordergrund stellt, hat mit der Massnahme R-026 Abbau und Pflichtlektionen an Primar- und Sekundarstufe ohne Kindergarten im Entlastungsprogramm 2014 genau diese Schwächung des Schulstandortes Schaffhausen in Kauf genommen. Für uns sind solche Schwerpunkte und Entscheide damit schwierig nachvollziehbar.

**Ziff. 7 Gesellschaft, Kultur und Freizeit**

**Regula Widmer (GLP):** Auf Seite 23 ist uns aufgefallen – das kann man doch als Widerspruch sehen – dass beim strategischen Ziel 7.4 bei den Massnahmen der operativen Umsetzung nun die Förderung des Breitensports insbesondere der Jugend und Sport Angebote im Fokus steht. Mit der Massnahme R-049 Beitragskürzungen bei Leiterausbildungs- und Sportfachkursen aus dem Entlastungsprogramm 2014 wurde genau in diesem Bereich eingegriffen. Es wurde von Einschränkungen bei der Kursplanung der weiteren Sportfachkurse gesprochen. Die zeitliche Umsetzung war etappenweise ab 2015 vorgesehen. Werden hier die ersten Massnahmen aus dem EP 2014 bereits rückgängig gemacht oder wie muss das verstanden werden? Da hätten wir gerne eine Antwort des zuständigen Regierungsrats.

**Regierungsrat Christian Amsler:** Ich habe mich vorher schon beim letzten Votum zurückgehalten, denn es ist sicher nicht angezeigt, jetzt noch mal eine EP 2014 Debatte zu führen. Sie kennen die Geschichte, die dazu geführt hat, dass einerseits im Volksschulbereich, aber auch hier massvoll im Jugend- und Sport-Bereich gewisse Entlastungsmassnahmen implementiert werden mussten.

Wir haben damals schon bei dieser Massnahme Jugend und Sport dargestellt, dass es keinesfalls zu irgendeinem grossen Abbau kommen soll. Dass plötzlich der Breitensport oder vor allem auch der Jugend- und Sport-Bereich zu Boden kommen soll, ist überhaupt nicht der Fall. Es ist auch nicht so, Regula Widmer, wenn Sie konkret fragen, ob wir jetzt wieder abbauen, sondern diese Massnahme ist Gesetz. Das war ein ganz kleiner Betrag. Die Kursangebote werden weiterhin selbstverständlich angeboten, jetzt einfach fokussiert. Es gibt gewisse Zusammenlegungen, aber ich kann Entwarnung geben. Der Breitensport, so wie es auch hier steht und auch die konkrete Förderung vor allem der Jugend wird weiterhin mit grossem Druck verfolgt. Das wäre eine kurze Antwort.

**Regierungsrat Walter Vogelsanger:** Ich möchte den Ball aufnehmen, den Pentti Aellig in die Luft geworfen hat. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe. Sie haben von der gegenseitigen Integration gesprochen. Wenn ich auf Seite 21 diesen Satz lese, so heisst es: Die Integration der ausländischen Bevölkerung. Da stelle ich mir beispielsweise vor, wenn eine Schleitheimerin nach Beggingen kommt, kann die Integration nur gemeinsam mit der einheimischen Bevölkerung gelingen. Das heisst, wir Begginger müssen uns auf diesen Integrationsprozess einstellen. Es geht dann weiter, die Schlüsselwörter sind «gegenseitig» und «Integrationsprozess». Es ist der Prozess gemeint, der gewonnen werden

muss. Pentti Aellig, wir können auch ein anderes Beispiel nehmen: Wenn Sie in die SVP-Fraktion integriert werden, dann wird nicht nur von Ihnen erwartet, dass Sie sich integrieren, sondern die ganze Fraktion muss sich quasi auf Sie einstellen. Das ist das Entscheidende. Das ganze System der SVP-Fraktion wird ein anderes sein. Das heisst, dass es von beiden Seiten her Bewegung braucht. Übrigens ist dies in diesem Sinne auch im eidgenössischen Ausländergesetz Art. 4 formuliert.

### **Ziff. 10 Verwaltung, Strukturen und Aussenbeziehungen**

**Matthias Freivogel (SP):** Ich spreche zum strategischen Ziel Legislaturziele 17/20, Verselbständigung der KSD und bei der operativen Umsetzung, Vorlage an den Kantonsrat zur Verselbstständigung. Die SP-Fraktion steht dem skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die Begründung können Sie weitgehend selber aus dem Geschäftsbericht zur KSD, B 141 bis 160. Dort sehen sie diese absolut unmittelbare Nähe der KSD zu den Verwaltungen der Stadt und Kanton Schaffhausen. Ich denke, das ist wie bei uns auch. Je näher wir bei den Bürgern sind, desto besser können wir politisieren. Bei der KSD ist es so, je näher sie bei der Verwaltung ist, desto besser kann sie die Dienstleistung erbringen. Deshalb dürfen Sie auf eine sehr kritische Prüfung von unserer Seite gefasst sein, wenn eine entsprechende Vorlage kommt. Dann noch zu den Aussenbeziehungen: Ich war früher einmal der Vorsitzende der Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Frage an Regierungsrat Christian Amsler zur Fokussierung auf Geschäfte mit Relevanz für den Kanton Schaffhausen auf nationaler und internationaler Ebene, an welche relevanten Geschäfte denken Sie?

**Regierungsrat Christian Amsler:** Als zuständiger Aussenbeziehungsbeauftragter kann ich ein paar Sachen dazu sagen. Wir haben immer gesagt, dass wir eine wichtige geographische Lage haben, ebenso zu unserem deutschen Nachbarn. Wir sind dieses Scharnier auf der anderen Seite des Rheins und haben Brückenbauerfunktionen, wenn es auch darum geht, Interessen unseres Kantons – aber vielleicht auch eben der ganzen Region – mit Deutschland abzustimmen. Man kann nicht Kaffeesatzlesen und sagen, welche grossen Geschäfte in Zukunft anstehen werden. Die werden zum Teil einfach kommen. Aber man kann heute bereits sagen, die aktuellen Geschäfte in Verkehrsfragen, zum Beispiel Energiefragen, Fluglärmfragen, aber auch Forschungs- und Bildungszusammenarbeit, da gibt es viele Beispiele, die wir intensiv auch in der Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit diskutiert haben. Gerade an der letzten Konferenz haben wir uns darüber ausgetauscht. Die Relevanz ist immer zu bestimmen. Wir haben in der Regierung eine gute Tradition, dass wir uns

beispielsweise bei Abstimmungsvorlagen auf Bundesebene zu für den Kanton Schaffhausen relevanten Themen äussern. So machen wir es mit den Aussenbeziehungen. Wir werden uns nicht zu allem äussern, aber dort, wo das Interesse und der Nutzen für unseren Kanton im Vordergrund stehen, da werden wir uns engagieren. Beispielsweise nächstes Jahr, wenn wir den Vorsitz der Bodenseekonferenz übernehmen dürfen. Da sind Sie sehr gefordert, dass Sie auch die Dinge die da kommen auf dem Radar haben. Dafür haben Sie die sinnmachende Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit ins Leben gerufen. Da ist der Austausch – das kann die Kommissionspräsidentin Hedy Mannhart sicher bestätigen – intensiv. Da schauen wir, dass dieser Informationsfluss stetig läuft.

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft.

Der Rat hat somit vom Legislaturprogramm 2017–2020 (mit Rechenschaftsbericht 2013–2016) Kenntnis genommen. – Das Geschäft ist erledigt.

\*

### **3. Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 3. Dezember 2013 betreffend Umsetzung der zusätzlichen Entlastung der Klassenlehrpersonen (ESH3-Ergänzungsvorlage)**

Grundlagen: Amtsdrukschrift 13-101

Kommissionsvorlage: Amtsdrukschrift 17-25

#### **Eintretensdebatte**

**Kommissionspräsident Peter Scheck (SVP):** Diese Vorlage hat einen langen, grauen, hässlichen Bart. Das Drama in drei Akten, man kann es auch als Trauerspiel bezeichnen, begann damals im Winter 2011/12, als sich die Lehrerschaft mit verschiedenen Forderungen an die Regierung wandte. Diesen Forderungen verlieh sie im Februar 2012 mit einem so genannten Warnstreik Nachdruck. In der Folge setzten sich Delegationen des Erziehungsdepartements und des Lehrervereins an einen Tisch. Als Resultat dieser Gespräche verpflichtete sich die Regierung am 10. Juli 2012 – vor rund fünf Jahren – dem Kantonsrat eine Vorlage mit dem Inhalt zu unterbreiten, die Klassenlehrpersonen sollen zusätzlich entlastet werden. Die Entlastungsmassnahmen sollen ab dem Schuljahr 2014/15 in Kraft treten. Mit diesem Vorgehen konnte sich auch die Lehrerschaft einverstanden erklären. Doch es kam anders als geplant. Am Schaffhauser Finanzhimmel zogen dunkle Wolken auf. Die Staatsfinanzen gerieten in Schieflage und

die Regierung musste Gegensteuer geben. Sparen war angesagt, das Sparpaket ESH3 wurde schon vor einer Weile geschnürt. Auch das Erziehungsdepartement musste seinen Beitrag leisten. Es schlug vor, bei jedem Schuljahr eine Lektion zu streichen. Das kam weder bei der Lehrerschaft, die eine Demonstration auf dem Fronwagplatz durchführte, noch beim Kantonsrat gut an. Dieser forderte das Erziehungsdepartement auf, vermehrt bei der Schulverwaltung zu sparen. Die Regierung kam diesem Auftrag nach und präsentierte in einer ESH3 Ergänzungsvorlage neue Sparmassnahmen im Bildungsbereich. Gleichzeitig erklärte sie, die Kosten für eine zusätzliche Entlastung der Klassenlehrpersonen müssten anderweitig kompensiert werden und die Umsetzung dieser Massnahme müsse fünf Bedingungen erfüllen. Ich zähle jetzt die Bedingungen nicht mehr auf, aber die wichtigste Bedingung, die Massnahme müsse kostenneutral gestaltet werden, um die Kosten der Entlastung im Kindergarten, in der Primarschule und der Sekundarstufe I mit 850'000 Franken für den Kanton und 1.2 Mio. Franken für die Gemeinden zu kompensieren und gleichzeitig die fünf Bedingungen einzuhalten, machte die Regierung folgenden Vorschlag: Die durchschnittlichen Klassengrössen an den Schaffhauser Schulen sowie die Klassenorganisation in den Gemeinden sollen optimiert werden. Um das zu ermöglichen, sei eine Zusammenarbeit benachbarter Gemeinden im Schulbetrieb zwingend nötig. Um diese Zusammenarbeit zu fördern, wollte der Kanton in Zukunft den Gemeinden jeweils ein von ihm finanziertes Lektionenvolumen zuteilen, unter gleichzeitiger Anweisung, wie dieses einzusetzen sei. Dieser Vorschlag kam einer Revolutionierung des Schaffhauser Schulwesens gleich. Das war auch der Regierung bewusst, weshalb sie in ihrer Vorlage schrieb, die zusätzliche Entlastung der Klassenlehrpersonen sei frühestens auf das Schuljahr 2015/16 möglich. Sie beantragte dem Kantonsrat, es sei zur Entlastung lediglich ein Grundsatzbeschluss zu fassen. Die Proteste der Lehrerschaft zu diesem Vorgehen der Regierung liessen nicht lange auf sich warten. Diesen Protesten hat die Spezialkommission des Kantonsrats, die damals unter Leitung von Thomas Hauser die Vorlage der Regierung beraten hat, zumindest teilweise Rechnung getragen. Sie anerkannte zwar die fünf Bedingungen der Regierung, sprach sich aber gegen einen Grundsatzbeschluss aus. Sie wollte im Gegenteil der Regierung den klaren Auftrag erteilen, bis Ende 2013 dem Kantonsrat einen Bericht und Antrag für eine zusätzliche Entlastung der Klassenlehrpersonen ab Schuljahr 2015/16 zu unterbreiten. Mit elf zu null Stimmen beschloss diese Spezialkommission, dem Kantonsrat dieses Vorgehen zu empfehlen. Der Kantonsrat folgte am 13. Mai 2013 mit einem Stimmenverhältnis von 48 zu eins den Empfehlungen der Spezialkommission und beauftragte die Regierung, die Klassenlehrer seien zu entlasten und die Vorlage habe bis Ende 2013 vorzuliegen. Die regierungsrätliche Vorlage lag rechtzeitig vor und bereits am 7. März 2014 erfolgte

die erste Sitzung der Spezialkommission. Der Ansatz zur Kompensation im Volksschulbereich erfolgte aufgrund der Tatsache, dass die durchschnittlichen Klassengrößen im Kanton Schaffhausen relativ tief sind. Dieser Weg wurde in der Kommission als richtig und zielführend betrachtet. Der Rest der unglücklichen Vorlage dürfte Ihnen allen bekannt sein. Das Entlastungsprogramm EP 2014 schluckte die für eine kostenneutrale Umsetzung vorgesehene Kompensation für die Entlastung der Klassenlehrer mit der Massnahme K-012 «Volksschule aus einer Hand». Angesichts der bedrohlichen finanzpolitischen Kulisse sah sich die Kommission damals genötigt, die Arbeit vorläufig zu sistieren. Da wir ja nicht wussten, damals was die K-Massnahme zwölf eigentlich bringen sollte. Eine dritte Kommissionssitzung wurde schliesslich nach langem Zögern, auch von mir, auf den 23. November 2016 einberufen, um eine Standortbestimmung zu erreichen und endlich einen Vorschlag zuhanden des Kantonsrates auszuarbeiten. Aus meiner Sicht können wir Folgendes konstatieren: Mit der anderweitig angedachten Verwendung des Geldes für eine kostenneutrale Umsetzung des ursprünglichen Auftrags an die Regierung hat die Regierung den kantonsrätlichen Auftrag eigentlich nicht erfüllt. Anderweitige Kompensationsvorschläge wurden bis jetzt nicht eingereicht. Wenn der Kantonsrat nach wie vor der Meinung ist, dass die Entlastung der Klassenlehrpersonen kostenneutral zu erfolgen habe, dann muss die Regierung eigentlich andere Massnahmen suchen, um diese Forderung zu erfüllen. Dies dürfte allerdings nicht einfach sein. Eine Rückweisung an die Kommission wäre eigentlich fatal, denn eine Spezialkommission kann der Regierung die Aufgabe, den Auftrag kostenneutral umzusetzen, nicht abnehmen. Kommt aber der Kantonsrat wie die grosse Mehrheit der Spezialkommission zum Schluss, dass mit der Vorlage zur K-Massnahme 012 «Volksschule aus einer Hand» – wie auch immer die Entscheidung im Kantonsrat dann darüber lauten wird – hinreichend Einsparungspotenzial vorhanden ist, um die Mehrkosten für die Entlastung der Klassenlehrpersonen gleichzeitig zu neutralisieren, dann bitte ich Sie im Namen der Spezialkommission, dieser Vorlage zuzustimmen. Wie auch immer Sie darüber entscheiden werden, das Versprechen an die Lehrerschaft ist bereits fünf Jahre her. In einem Brief schrieb mir damals LSH-Präsidentin Cordula Schneckeburger im letzten August, dass, Zitat: «Unsere Geduld und unser Vertrauen arg strapaziert werden und die Lust sich beinahe ungebremst für seine Klasse einzusetzen schwindet mit der Tatsache, dass diese Leistung nicht entsprechend honoriert wird. Das Vertrauen in die Politik werde geschwächt und das Gefühl hingehalten zu werden, nehme zu.» Sie sehen, das Ablaufdatum dieser Vorlage ist längst verfallen und der Inhalt, der stinkt bereits beträchtlich zum Himmel. Ich bin damit am Schluss der Kommissionsansprache. Darf ich gleich die Meinung unserer Fraktion anfügen? Sie werden nicht erstaunt sein, dass die Meinung der Fraktion der SVP-

EDU nicht gleich ist wie meine Auffassung. Die Fraktion ist der Meinung, dass diese Massnahme entgegen einem anderslautenden Auftrag des Kantonsrats so nicht kostenneutral sei. Weiter sei der Kanton finanziell noch lange nicht über den Berg und die hohen Steueranteile der juristischen Personen wie 2016 könnten schnell wieder sinken. Die Entlastung der Klassenlehrer solle doch im Rahmen der Vorlage «Volksschule aus einer Hand» behandelt werden.

Es braucht allerdings keine übersinnlichen Fähigkeiten um vorauszusehen, dass es keine Volksschule aus einer Hand geben wird. Der Weg der Ressourcensteuerung wird wohl als einziger Punkt unbestritten bleiben. Weiter moniert die SVP-EDU-Fraktion, dass der Bildungsapparat immer grösser werde und der Administrationsaufwand für die Klassenlehrer nicht kritisch genug hinterfragt wurde. Die Verantwortung für die Verzögerung liegt nach Auffassung unserer Fraktion ganz klar beim Bildungsdepartement. Aus diesen Gründen wird die SVP-EDU-Fraktion mit grosser Mehrheit für eine Rückweisung der Vorlage stimmen.

**Matthias Frick (AL):** Wie Sie schon von Peter Scheck gehört haben, ist die Entlastung von Klassenlehrpersonen ein Anliegen älteren Datums. Regierungsrat Christian Amsler hat der Lehrerschaft diese Entlastung schon vor mehreren Jahren versprochen. Bei dieser Entlastung handelt es sich um eine Attraktivierung der Klassenlehrerfunktion. Die Funktion Klassenlehrer bedeutet eine Erweiterung der ordentlichen Aufgaben, die alle unterrichtenden Lehrpersonen wahrnehmen müssen. In den letzten Jahren, in denen die Anforderungen an die Lehrerschaft insgesamt gestiegen sind, hat die Belastung der Klassenlehrer überproportional stark zugenommen. Dies alles können Sie der regierungsrätlichen Vorlage aus dem Jahre 2012 entnehmen. Im Namen der Fraktion AL-ÖBS empfehle ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten. Das Anliegen «Entlastung Klassenlehrpersonen» wurde auf Druck dieses Rates in einer Vorlage präsentiert, die gleichzeitig eine Lösung für die Finanzierung der Massnahme präsentierte. Mit dieser Finanzierungslösung wurde die Vorlage inhaltlich massiv erweitert. Der eigentlich massgebliche Inhalt der Vorlage war nun nicht mehr die Entlastung der Klassenlehrpersonen, sondern ein Systemwechsel in der Finanzierung der Volksschule. Ich als Gemeinderat und auch persönlich bin sehr glücklich darüber, dass nach der Sistierung und der Wiederaufnahme der Beratungen durch die Spezialkommission im Vorschlag an den Kantonsrat nun diese Gegenfinanzierung der Massnahme zur Entlastung der Klassenlehrpersonen nicht mehr enthalten ist. Ich möchte diese Worte nicht als grundsätzliche Absage an das vorgeschlagene Finanzierungsmodell verstanden wissen. Aber diese Diskussion müsste einfach unter einem anderen Titel geführt werden, der auch erkennen lässt, worum es bei dieser Frage eigentlich geht. Die Fragen, was der angedachte Systemwechsel

bei der Finanzierung der Volksschule für kleinere Schulstandorte bedeutet, welche Auswirkungen er für wen konkret hätte, müssten viel breiter diskutiert werden. Dies nicht nur in diesem Rat. Es braucht die Mitwirkung der Gemeinden im Vorfeld. Es braucht die Diskussion der Thematik, was von den Medien begleitet werden sollte. Nach der kantonsrätlichen Diskussion muss je nach Schwere der absehbaren Auswirkungen das Stimmvolk unter Umständen über die Frage bestimmen. Ein geeigneter Zeitpunkt für eine solche Diskussion wird im Rahmen der Vorlage «Volksschule aus einer Hand» oder im Zusammenhang mit dem, was als deren Ersatz vom Kantonsrat gefordert wird, zu finden sein.

**Rainer Schmidig (EVP):** Der Kommissionspräsident hat die Geschichte dieser langen Vorlage ausführlich erläutert und damit ist hier nichts mehr anzufügen. Bei diesem Geschäft handelt es sich jetzt schlicht um das Einlösen eines von der Regierung abgegebenen Versprechens. Allerdings mussten wir aus den gehörten Gründen lange auf die Behandlung dieser Vorlage im Rat warten. So wurde auch die Idee durch die Änderung des Schulgesetzes, eine Kompensation der Ausgaben für die zusätzliche Klassenlehrerstunde zu definieren, von den Geschehnissen überholt. Es ist also eigentlich heute eine ganz einfache Frage zu beantworten: Wollen wir die Mehrbelastung eines Klassenlehrers würdigen, Ja oder Nein. Wir sind der Meinung, Ja. Es bleibt jetzt das Versprechen einzulösen, das Schuldekret entsprechend anzupassen. Die GLP-EVP-Fraktion wird auf die Kommissionsvorlage eintreten und ihr auch zustimmen.

**Rita Flück Hänzi (CVP):** Die FDP-CVP-JF-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage. Das Bedürfnis nach einer Entlastung der Klassenlehrpersonen ist ausgewiesen, dazu will ich nicht viel sagen. Nicht einverstanden ist aber unsere Fraktion mit dem Entscheid der Kommission, auf die Kompensation der entsprechenden Mehrkosten und damit auf die vom Regierungsrat beantragte Änderung des Schulgesetzes zu verzichten. Daran werde ich nach der Eintretensdebatte einen Rückweisungsantrag mit Begründung stellen.

**Jürg Tanner (SP):** Ein Versprechen ist kein Versprechen, ist kein Versprechen, ist es vielleicht heute wieder ein Versprechen. Der Kommissionspräsident hat sehr eindrücklich die Geschichte eines nicht gehaltenen Versprechens aufgezeigt. Man muss wahrscheinlich ins Mittelalter oder noch später zurückblättern, dass eine Regierung sich derart lange, ich möchte fast sagen teilweise auch ein bisschen dreist, über etwas hinweggesetzt hat, was versprochen wurde und was nicht einfach ins Leere hinaus versprochen wurde, sondern mit einer Gegenleistung verbunden war. Die Ge-

genleistung nämlich, auf einen angedachten zweiten Warnstreik zu verzichten. Wie war es damals im Juli 2012, es war auch heiss. Es war, ich darf den Kommissionspräsidenten korrigieren, es war die Regierung in corpore anwesend, als man sich nach langen Verhandlungen auf folgenden Kontakt einigte: Die Klassenlehrer werden um eine Lektion entlastet und zwar ohne, dass man gesagt hätte es müsste kostenneutral sein. Warum hat man das damals gesagt, weil ich erinnere Sie daran, man hat damals im März über Schulleitungen Ja oder Nein abgestimmt. Bei Bedarf habe ich ein paar Zeilen der SVP-Prominenz. Die SVP ist in den Abstimmungskampf gezogen und hat gegen Schulleitungen gestimmt und gesagt, diese zwei Mio. Franken sollen in Klassenlehrer investiert werden. In der Folge allerdings hat die Regierung gesagt, sie hätten diese Abstimmung zwar verloren, aber auch zwei Mio. Franken gespart, man könne dies in die Klassenlehrerstunde investieren. Danach ging es dann aber schnell. Es kam das erste Finanzpaket und damit hat die Regierung das erste Mal ihr Wort nicht gehalten. Es kam die neue Forderung der Klassenlehrerstunde, aber mit Kompensation. Die Begründung war, die finanzielle Lage sei schlecht geworden. Den Rest der Geschichte kennen Sie. Wenn ich das Revue passieren lasse, haben wir eine Bedingung, die zum Bruch dieser Zusage geführt hat, die schlechten Finanzen. Die haben wir jetzt nicht mehr. Wenn die SVP, von denen ich bereits gehört habe, man denke über Steuersenkungen nach, nun behaupten will, die Finanzlage des Kantons sei nicht gut, dann zweifle ich ein bisschen an Ihrem Verstand. Rainer Schmidig hat es gesagt, heute ist der Kantonsrat aufgerufen, über etwas zu entscheiden, was wir schon längstens versprochen haben, nämlich diese Klassenlehrer zu entlasten. Wir können das ohne Probleme machen, denn wir haben im Moment kein Sparprogramm. Wir müssen nicht mehr sparen und deshalb wäre es nur folgerichtig, dies jetzt zu beschliessen. Die Kommission hat mit neun zu zwei Stimmen darüber entschieden. Ich denke, es waren nicht neun Linksgrüne und nur zwei Bürgerliche in dieser Kommission. Die Kommission hat sich Folgendes überlegt: Die Vorlage besteht eigentlich aus zwei Teilen – aus der Umwälzung der Regelung, wie man die Klassengrösse finanziert. Andererseits die Klassenentlastung. Das ist nachvollziehbar. Es ist einerseits ein Widerspruch zu der Vorlage «Volksschule aus einer Hand». Wir haben parallel zwei Modelle, die zur Debatte stehen. Die Kommission hat gesagt, es mache keinen Sinn, dass sie ein Modell der Finanzierungsoptimierung prüfe und eine andere Kommission ein anderes Modell. Das war ein Grund. Aber der Hauptgrund war, dass man diese Klassengrössen und diese Schülerzahlen optimieren kann. Darüber besteht ein Konsens von rechts bis links, das ist unbestritten. Die Frage ist nur, wann das kommen wird. Wenn ich heute diesem Kantonsrat zugehört habe, wie er zwei Stunden lang über Themen gesprochen hat, die weder konkret, noch dringend, noch sonst etwas waren, dann können Sie sich

vorstellen, wann wir so weit sein werden. Es werden nochmals fünf Jahre ins Land ziehen. Da mache ich mit Ihnen eine Wette. Das ist jetzt die grosse Frage. Es ist auch die Frage, wie wir uns zur Lehrerschaft stellen. Dazu gibt es eine interessante SN-Umfrage unter den Parlamentariern, nach dem Lehrerstreik. Alle von rechts nach links haben anerkannt, dass Handlungsbedarf angesagt ist. Ich bitte Sie deshalb, von solchen Rückweiserungsanträgen abzusehen. Das bringt einfach nichts. Wir haben eine zweite Spezialkommission zur Vorlage «Volksschule aus einer Hand». Die hat aber einen anderen Ansatz, wie man das optimieren könnte. Wir können das einfach nicht bewältigen. Was wir aber können, ist das, was die Spezialkommission gemacht hat, diese Schulgesetzänderung zur Seite zu legen. Dann kann die andere Spezialkommission wirken, wie man diese Kompensation erbringen will. Da kann ich auch von unserer SP-Seite klar sagen, wir sind auch dafür, dass man das optimiert und dass man diese zwei Mio. Franken, die Rede ist zum Teil sogar von sieben Mio. Franken, einsparen kann. Aber heute geht es um dieses Dekret. Ich bitte Sie eindringlich, dass Sie dieses Dekret, so wie es vorliegt, verabschieden.

**Regierungsrat Christian Amsler:** Der Kommissionspräsident hat gerade vom langen, hässlichen, grauen Bart gesprochen und er ist ihm nicht gewachsen, Peter Scheck. Aber es ist sicher, so dürfen Sie in die Geschichte eingehen, sehr wahrscheinlich als längster, nicht planmässig, sondern sitzungsdauermässig, Spezialkommissionspräsident. Wenn nun auch Worte gefallen sind, die Geduld sei arg strapaziert, Ablaufdaten verfallen, es stinke zum Himmel, dann sind das ein bisschen harte Worte. Ich würde es folgendermassen zusammenfassen: Es ist eine, zugegeben langwierige, mühselige, komplexe und aber auch anspruchsvolle Sache. Das ist wie so oft in der Politik. Es dauert manchmal. Die Schuld der Regierung für diese Zeit in die Schuhe zu schieben, das scheint mir etwas gar einfach. Nachdem die Spezialkommission ihre sistierte Arbeit wiederaufgenommen hat, ist es uns als Regierung wichtig, nochmals unsere Meinung klar darzulegen. Der Regierungsrat bleibt bei der gegenüber der Spezialkommission am 28. November 16 deklarierten Haltung. Dort haben wir der Kommission klar gemacht, dass die voreilige Wiederaufnahme dieser sistierten ESH3 Ergänzungsvorlage aus Sicht der Regierung einfach zum falschen Zeitpunkt kommt. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass auf eine zusätzliche Entlastung der Klassenlehrpersonen vorderhand weiterhin verzichtet werden muss, solange noch nicht entschieden ist, wie es mit den zwei Massnahmen zum Entlastungsprogramm EP 2014 und den entsprechenden Vorlagen «Volksschule aus einer Hand», aber auch «Kein Abbau – Schule mit Zukunft» und «Pflichtlektionenabbau» mit Volksabstimmungen im Herbst aus finanzieller Sicht weitergehen wird. Wir hatten damals von

Ihnen im Rat für die angedachte und versprochene zweite Klassenlehrerentlastungsstunde einen Kompensationsauftrag. Wir sind dem nachgekommen und haben dem Kantonsrat die erwähnte ESH3 Ergänzungsvorlage 13.101 vorgelegt. Es stimmt, sie ist von 2013 datiert. In der Vorlage «Entlastung Klassenlehrpersonen» war eine neue Finanzierungslösung. Der Kommissionspräsident hat nicht Unrecht, als er gesagt hat, dass die Volksschule, dem Kernstück, damit auf den Kopf gestellt werde. Diese neue Lösung, die Steuerung war mit dem Effekt der Verdichtung des Schulsystems und der damit verbundenen Anhebung der durchschnittlichen Klassengrösse verbunden. Die dadurch freiwerdenden Ressourcen stellten die Finanzierungsgrundlage für die kostenneutrale Realisierung der zusätzlichen Entlastungslektion für die Klassenlehrpersonen dar.

Mit dem Entlastungsprogramm EP 2014 haben wir dargelegt, dass die aufgezeigten Einsparungen im Rahmen der Systemoptimierung an der Volksschule – eben diese Verdichtung – dringend und zwingend zur Entlastung des Staatshaushaltes benötigt werden. Daraus entstand die Massnahme K-012 „Volksschule aus einer Hand“, die aktuell in einer Spezialkommission behandelt wird. Wir haben dies im Amtsblatt Nr. 48 am 6. Dezember 2013 auf Seite 1835 und 1836 ausführlich dargelegt.

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass diese wichtige Vorlage zuerst auf der Basis der von Ihnen bestellten Machbarkeitsstudie beraten und entschieden werden muss, damit wir Klarheit für das weitere Vorgehen haben. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass unabhängig vom dannzumal gewählten Vorgehen so oder so eine massvolle Verdichtung betreffend Klassengrösse in diesem Kanton angegangen werden muss. Ich denke, dass wir darüber einen Konsens haben. Dies muss die Regierung gemeinsam mit dem Kantonsrat angehen. Wir haben in der Machbarkeitsstudie aufgezeigt, dass hier grosses Potenzial liegt.

Im Klartext: Im Wissen, dass der Kanton Schaffhausen im Vergleich zu den Schweizer Kantonen bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Bildung im Mittelfeld liegt, bei der Volksschule infolge ineffizienter Organisation der Gemeinden jedoch Spitzenreiter ist, kommt man unweigerlich zum Schluss: Wir - ich sage das jetzt zugespitzt - investieren den Bildungsfranken zum Teil am falschen Ort, für die sehr tiefen Klassengrössen und zu wenig für adäquate Rahmenbedingungen, wie beispielsweise Tagesstrukturen oder auch die Klassenlehrperson-Entlastungsstunde.

Jetzt nochmals in aller Deutlichkeit zu den Finanzen: Wenn Sie, wie es die Spezialkommission nun vorschlägt, ohne Kompensation eine Entlastungslektion flächendeckend für die Klassenlehrer dazu bauen, dann löst dies wiederkehrende Kosten von 1.9 Mio. Franken aus. Der Gemeindeanteil beträgt 59 Prozent, also 1.1 Mio. Franken und der Kantonsanteil 41 Prozent, also 0.8 Mio. Franken.

Die Basis dieser Berechnung bildet die einerseits bestehende Klassenlehrerentlastungsstunde auf der Primarstufe. Dies wird mal zwei gerechnet, weil eine dazu kommen soll. Dazu kommt die Anzahl Klassen im Kindergarten, respektive die Klassenlehrkindergartenperson. Der Regierungsrat beantragt Ihnen, dieses Geschäft an die Spezialkommission, die eigentlich das Geschäft sistiert hatte, zurückzuweisen, um mit der Regierung die besprochene und versprochene Klassenlehrerentlastungsstunde dann zu beantragen, wenn über die Kompensationsmöglichkeiten, so wie Sie es wollten, respektive zu einer Gegenfinanzierung im Rahmen der Umsetzung einer Systemoptimierung in diesem Kanton auf der Volksschule, Klarheit herrscht. An Cordula Schneckenburger, Präsidentin des Lehrervereins Schaffhausen, gerichtet: Die Regierung bleibt bei ihrem Wort. Diese Klassenlehrerentlastungsstunde soll dann realisiert werden, wenn das Geld dafür vorhanden ist. Das haben Sie unter anderem hier entschieden. Wir beantragen Ihnen die Rückweisung an die Kommission, um das Hand in Hand mit den anderen Geschäften zum Wohle der Schaffhauser Schule anzugehen.

**Raphaël Rohner (FDP):** Für einmal bin ich nicht der Ansicht meiner Fraktion und ich habe dazu meine guten Gründe. Es geht mir auch darum, eine Haltung gegenüber meiner eigenen Lehrerschaft als Bildungsreferent in der Stadt Schaffhausen zum Ausdruck zu bringen. Die Klassenlehrpersonen gehören zu den wichtigsten Akteuren in der Bildungslandschaft auf Stufe Volksschule, da geben mir bestimmt alle recht. Eine qualitativ gute Volksschule ist ein Markenzeichen des Schweizer Bildungswesens und positioniert uns ebenfalls nach wie vor im internationalen Vergleich sehr gut. Auch da sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Eine qualitativ gute Volksschule ist die Grundlage einer gut funktionierenden Demokratie mit mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die in der Lage sind, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese im politischen Meinungsbildungsprozess unserer direkten Demokratie einzubringen. Eine qualitativ gute Volksschule wird auch künftig nebst Fachlehrpersonen weitestgehend auf motivierten leistungsbereiten und leistungsstarken Klassenlehrpersonen basieren. Sie sind für die Schülerinnen und Schüler mehr als nur Lerncoach. Sie sind Persönlichkeiten im Unterricht, Orientierungspersonen im Rahmen der Entwicklung eines Kindes und eines Jugendlichen. Sie werden auch unter dem neuen Lehrplan 21 keine zweitrangige, sondern eine zentrale Rolle in der Schule spielen. Die Anforderungen an die Klassenlehrpersonen sind in den vergangenen Jahren, das ist ebenfalls weitgehend unbestritten und soll auch so sein, massiv gestiegen. Das habe ich selber in den letzten Monaten als Bildungsreferent erlebt. Es betrifft dies nicht nur die Vermittlung des Lernstoffes im Unterricht selber, sondern auch die zusätzlichen Aufgaben, die erfüllt sein müssen. Klassenlehrpersonen stehen in einem

sehr heterogenen schulischen Umfeld mit Kindern, die aus unterschiedlichsten Kulturen kommen. Aber auch mit Kindern, die in Bezug auf ihre sozialen Kompetenzen und ihren erzieherischen Hintergrund von zu Hause im Vergleich zu früher sehr unterschiedlich, teilweise auch dürftig, ausgestattet sind. Der Druck wächst, die Anforderungen an den von uns eingeforderten qualitativ guten Unterricht steigen. In diesem im Vergleich zu früher deutlich veränderten Umfeld mit wachsenden Anforderungen und Belastungen, erachte ich es als dringend angezeigt und auch richtig, wenn wir heute ein Zeichen für unsere Klassenlehrpersonen setzen und der Vorlage der Spezialkommission zustimmen. Ich denke, ich kann das beurteilen, denn immerhin kann ich auf eine relative lange Tätigkeit, mit einem Unterbruch in den letzten vier Jahren, im Bildungswesen seit 1999 zurückblicken. Die Klassenlehrpersonen warten tatsächlich seit Jahren auf eine Entlastung. Man hat sie immer vertrösten müssen. Die Gründe waren gut, heute denke ich, haben wir auch gute Gründe, dem jetzt zuzustimmen. Es ist an der Zeit, diesen Schritt zu tun. Es geht auch um eine Wertschätzung und um einen Beweis dafür, dass unser stetiges Bekenntnis zum attraktiven Bildungsstandort ein Handeln unsererseits nach sich zieht. Es ist dies ein Vertrauensbeweis gegenüber unseren ausgezeichneten Lehrpersonen im Schulalltag.

**Kommissionspräsident Peter Scheck (SVP):** Ich muss noch etwas einwenden. Offenbar hat man den Eindruck erhalten, die Spezialkommission hätte ihre Arbeit nicht gemacht. Das ist aber genau umgekehrt. Wir haben der Regierung den Auftrag damals gegeben, es sei kostenneutral eine Reduktion von einer Stunde für die Klassenlehrer zu planen. Dann kam das EP 2014-Programm. Es kommt mir jetzt ein wenig wie Max und Moritz vor: Schwuppdwupp und eins, zwei, drei... Kennen Sie das Spiel mit dem Becher und der Münze darunter? Da wird rasch hin und her gewirbelt und dann ist das Geld plötzlich im EP 2014 Topf und nicht mehr dort, wo es eigentlich angedacht war. Jetzt müssten wir eine Lösung bringen. Ich weiss nicht, was die Kommission jetzt noch zu tun hat. Wir können eine neue Massnahme treffen für die Regierung, wie das ganze kostenneutral umzusetzen sei. Das müsste die Regierung tun und nicht wir. Ich weiss wirklich nicht, was jetzt noch zu tun ist. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem zu. Dann kommt der Geldsegen.

**Regierungsrat Christian Amsler:** Ich verstehe das, was Sie sagen. Auch die Hilflosigkeit kann ich absolut nachvollziehen. Aber formell ist die Spezialkommission eingesetzt, das Geschäft liegt bei ihr und es gibt von ihr aus einen Sistierungsauftrag. Nun haben wir den Antrag und dem wurde gefolgt. Wir haben nichts Anderes vorgeschlagen, dass man diese Sistierung aufrechterhält, bis das ganze andere Geschäft unter Dach und Fach

ist. Ich sehe schon auch, dass die Spezialkommission nicht einfach eine Lösung für die Regierung machen muss. Aber es war ein Sistierungsauftrag, Peter Scheck, den haben Sie selber aufgehoben und sind in den Kantonsrat gekommen. Jetzt können wir darüber formell streiten. Ein Rückweisungsantrag an die Regierung oder an die Spezialkommission wird kommen. Das haben wir von der FDP-CVP-Jungfreisinnigen-Fraktion gehört. Formell müsste es an die Spezialkommission gehen, denn sie hat die Sistierung aufrechterhalten. Alles andere ist in den Spezialkommissionen am Laufen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

### **Detailberatung**

**Rita Flück Hänzi** (CVP): Schon seit mehreren Sitzungen habe ich das Geschäft dabei. Jetzt bin ich froh, wenn es beendet ist. Jetzt komme ich zur Begründung. Der Rückweisungsantrag geht an die Kommission. Ich möchte vorab noch erwähnen, dass mein Name zwar unter dem von Hedy Mannhart auf der Spezialkommissionenliste zu finden ist. Aber weder Hedy Mannhart, noch ich waren jemals Mitglied in dieser Kommission. Wir sind erst ab 2017 Mitglied und darum stelle ich auch diesen Antrag. Wir haben Urs Hunziker und Franz Marty ersetzt, aber ich war nicht an dieser Sitzung. Zur Begründung: Am 13. Mai 2013 hatte der Kantonsrat den Regierungsrat beauftragt, eine zusätzliche Klassenlehrerentlastung einzuführen und die damit verbundenen Mehrkosten im Bildungsbereich zu kompensieren. Dabei sollten aber keine Mehrkosten für die Gemeinden entstehen, das Bildungsangebot im Pflichtbereich unverändert bleiben und die Arbeitsverpflichtung und Löhne der Lehrerschaft nicht tangiert werden. Damit war klar, dass eine solche Kompensation nur über eine Steuerung der Klassengrößen erfolgen kann. Dieser Auftrag wurde vom Kantonsrat beinahe einstimmig dem Regierungsrat erteilt. Der Regierungsrat ist diesem Auftrag Ende 2013 eins zu eins nachgekommen. Die vorberatende Kommission hat nun aber einfach die vom Regierungsrat im Auftrag des Kantonsrates vorgenommene Kompensation gestrichen. Mit zwei nicht stichhaltigen Begründungen: Erstens schreibt die Kommission in ihrem Bericht, es dürfe angenommen werden, dass aus der Vorlage «Volksschule aus einer Hand» weitaus grössere Einsparungen resultieren, weshalb auf die vorgezogene Kompensation verzichtet werden könne. Das ist eine sehr blauäugige Betrachtung. Die anstehende Diskussion über den entsprechenden Grundsatzbeschluss wird nämlich zeigen, dass die Kantonalisierung der Volksschule noch lange nicht beschlossen ist. Da wird es noch ganz erheblichen Widerstand geben. Es ist zurzeit völlig offen, ob und, wenn ja,

wann dieses Vorhaben umgesetzt werden kann. Zweitens weist die Kommission auf die sich bessernden Kantonsfinanzen hin und stellt damit unterschwellig den ursprünglichen Auftrag «Kompensation der Mehrkosten» infrage. Ganz nach dem Motto: Jetzt haben wir genug Geld, also geben wir es doch sofort wieder aus. Das ist finanzpolitisch kurzsichtig. Auch wenn wir im vergangenen Jahr einen ausserordentlich hohen Überschuss in der Staatsrechnung erzielt haben, entbindet uns das nicht von der Pflicht, sorgsam mit den öffentlichen Geldern umzugehen. Die verschiedenen Grossinvestitionen, die wir in der Pipeline haben, lassen grüssen. Der Auftrag, die Mehrkosten zu kompensieren, ist auch heute noch richtig. Der vom Regierungsrat aufgezeigte Weg, die Kompensation über eine Steuerung der Klassengrössen vorzunehmen, ist der richtige Weg. Das Amt erkennt auch die Kommission, wenn sie auf das in Aussicht stehende Sparpotential bei einer Kantonalisierung der Volksschule hinweist. Die wesentlichen Einsparungen resultieren auch dort aus der Steuerung der Klassengrössen. Allerdings wird das, wenn überhaupt, erst übermorgen der Fall sein. Wieso gehen wir somit nicht schon heute in diese Richtung und zwar mit der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Änderung des Schulgesetzes. Aus meiner Sicht spricht überhaupt nichts dagegen. Daher ist der Verzicht der Kommission auf die vom Regierungsrat vorgeschlagene Änderung des Schulgesetzes nicht nachvollziehbar.

Die Vorlage ist deshalb an die Spezialkommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Änderung des Schulgesetzes zu beraten, damit die Einführung der Entlastungsstunden kostenneutral umgesetzt wird. So wird der ursprüngliche, fast einstimmig beschlossene Auftrag des Kantonsrates erfüllt.

**Regierungsrat Christian Amsler:** Ich habe jetzt nach dem Votum von Rita Flück Hänni verschiedene Personen gesehen, die den Kopf schüttelten. Es geht um die Namen und ich erkläre das kurz. Beim Eintreten haben wir gehört, dass das Geschäft auf das Jahr 2013 zurückgeht. In der damaligen Spezialkommission waren unter anderem Andreas Bachmann, Daniel Fischer, Urs Hunziker, Franz Marty, Bernhard Müller und Werner Schöni. Alles Personen, die heute nicht mehr im Kantonsrat sind. Sie wurden ordentlich ersetzt. Jetzt, beim Legislaturwechsel, gab es sehr viele Personen, die ausgewechselt wurden. Denn diese Spezialkommission besteht noch. Nun sind das alle Personen, die bei den von Peter Scheck erwähnten Verhandlungen im Dezember 2016 nicht dabei waren. Beispielsweise sind aus der Mitte-Fraktion Hedy Mannhart und Rita Flück Hänni neu dazugekommen. Sie haben Urs Hunziker und Franz Marty ersetzt. Somit ist geklärt, warum plötzlich Personen in der Kommission sind, die vorher nicht dabei waren.

**Jürg Tanner** (SP): Es wird immer tragischer und auch ein bisschen peinlich für die FDP. Die FDP hatte zwei Vertreter in der Spezialkommission, Franz Marty und Urs Hunziker. Die beiden gehören nicht unbedingt zum linken Flügel dieser Fraktion. Ob das weitergegeben wurde oder nicht, weiss ich nicht. Aber was jetzt vom kantonsweiten Glück erzählt wird, so war es nicht in der Spezialkommission. Ich wiederhole es nochmals: Der ursprüngliche Deal war, es ist nicht kostenneutral umzusetzen, weil die Kosten eingespart wurden, weil die Vorlage Schulleitungen abgelehnt wurden. Das waren zwei Mio. Franken. Folgendes steht in den Schaffhauser Nachrichten vom 18. Februar 2012: «Und dann bleibt noch der Punkt mit den Finanzen. Nicht alles, was wünschbar ist, wird in den nächsten Jahren möglich sein. Auch nicht im Bildungswesen. Darum gilt es, die vorhandenen Ressourcen richtig einzusetzen, zu Gunsten der Schüler, zu Gunsten der Lehrer, zu Gunsten der Schule. Man muss das Rad nicht neu erfinden, konkrete Vorschläge liegen auf dem Tisch. Die Entlastungsstunde für Klassenlehrer ist ganz sicher ein Thema.» Es war ein Thema, eine Abmachung, in den Jahren 2014 und 2015. Man kann Versprechen machen und man kann sie auf äusserst kaltblütige Art wieder zunichtemachen. Tatsache ist aber auch, dass damit die Klassenlehrerstunde noch nicht vom Tisch ist. Sondern, ich zitiere: «Das Versprechen weiterhin gilt, obwohl es vorläufig nicht erfüllt werden kann.» Mein Versprechen an die Regierung ist, dass ich meine Steuern pünktlich zahlen werde. Wenn Sie mich dann aber betreiben, dann sage ich, ich könne das im Moment nicht erfüllen. Ich habe es zwar versprochen, ich würde es bezahlen, aber ich werde es vielleicht irgendeinmal bezahlen. So geht es doch einfach nicht. Im Jahr 2013 – damals war ich schon im Rat – hat man dieses ursprüngliche Versprechen gebrochen, weil tatsächlich Sparen angesagt war. Es gab somit einen Grund. Dann hat man es aber zwei Jahre liegen gelassen, nichts wurde gemacht. Wenn Sie aber jetzt sagen, wir müssten sparen, dann weiss ich wirklich nicht mehr weiter. Damals habe ich den Grund auch mitgetragen, weil es wirklich schlecht aussah. Dieser Grund ist jetzt weggefallen. Ich bitte Sie, dies nochmals zu überdenken. Regierungsrat Christian Amsler sollte ehrlich sagen, dass er diese Klassenlehrerstunde nicht will. Das wäre dann wirklich ehrlich. Er hat aber gesagt, er wolle sie sistieren. Lesen Sie die Vorlage, das ist etwas ganz Anderes, als aus der Vorlage «Volksschule aus einer Hand». Wir haben zwei Spezialkommissionen, die zwei Vorlagen aus dem gleichen Departement behandeln, die sich aber widersprechen. Seien Sie einfach ehrlich und sagen Sie hier heute, dass Sie diese Klassenlehrerentlastung nicht wollen und sie auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben. Dann sind Sie ehrlich. Heucheln Sie den Lehrpersonen nicht vor, Sie würden sich für sie einsetzen. Ich werde mir überlegen, eine Abstimmung mit Namensaufruf zu verlangen, damit wir auch einmal intern

bekanntmachen können, wer wie stimmt, wer was sagt und wer wie handelt.

**Werner Bächtold (SP):** Ich mache es kurz und bündig. Wir haben beim Eintreten Raphaël Rohner gehört. Er ist, was die Politik anbelangt, nicht immer mein Freund. Aber heute hat er mir aus dem Herzen gesprochen. Es geht genau darum, dass man der Lehrerschaft vor fünf Jahren in einer Stimmungslage, die ich dem Erziehungsdirektor nicht wieder wünsche, diese Klassenlehrerstunde versprochen. Jetzt ist es Zeit, sie umzusetzen. Ich verzichte in der Regel auf Polemik. Ich bitte Sie, Rita Flück Hänzi, auch darauf zu verzichten. Sie haben mir als Kommissionsmitglied – ich bin eines dieser Urgesteine – Blauäugigkeit vorgeworfen. Das finde ich ziemlich frech, das sollten Sie eigentlich jetzt zurücknehmen. Das akzeptiere ich nicht. Die Spezialkommission hat sich unter der Führung von Peter Scheck dieser Frage sehr ernsthaft angenommen. Wir haben sehr lange und sehr intensiv gerungen, bis wir diesen Weg gefunden haben, um diese Klassenlehrerstunde endlich zu realisieren. Man kann die Klassenlehrpersonen jetzt nicht mehr vertrösten. Es ist fertig und den Weg den Sie vorschlagen, zusammen mit der Mehrheit Ihrer Fraktion, das heisst eben das, was Jürg Tanner sagt: Verschieben auf den Sankt Nimmerleinstag. Das wollen wir nicht. Deshalb lehnen wir diesen Rückweisungsantrag geschlossen ab.

**Rainer Schmidig (EVP):** Lassen Sie einmal diese Nebelpetarden weg und konzentrieren Sie sich auf den eigentlichen Inhalt: Klassenlehrer entlasten, Ja oder Nein. Ich bitte Sie, auf diese Hinhaltenaktik zu verzichten und endlich Farbe zu bekennen. Sagen Sie Ja oder Nein und nicht vielleicht irgendwann dann einmal. Weisen Sie diesen Rückweisungsantrag ab.

**Regula Widmer (GLP):** Ich habe zwar blaue Augen, bin aber auf keinen Fall unbedarft blauäugig. Im Jahre 2012 hat der Regierungsrat den Lehrern ein Versprechen ohne Bedingungen gegeben. Dieses Versprechen wurde einseitig angepasst und soll nun wieder in die Spezialkommission zurückgegeben werden. Jürg Tanner hat die Ausgangslage nochmals detailliert ausgeführt. Wir haben seit 2012 beinahe wie ein Mantra immer wieder auf die tiefen Klassengrössen hingewiesen. In diesen fünf Jahren wurde aber vom Regierungsrat nie eine Vorlage gebracht, die dies ändern könnte. Wir sind der Meinung, dass nicht die Lehrer dafür bestraft werden sollen, wenn Versäumnisse passiert sind. Lehnen Sie den Antrag von Rita Flück Hänzi ab. Wollen wir nun – Rainer Schmidig hat es gesagt – den Lehrern die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit geben oder wollen wir das den Klassenlehrpersonen verwehren? Es liegt in Ihrer Verantwortung.

**Marcel Montanari** (JFSH): Ich nehme gerne kurz Stellung zum Votum von Jürg Tanner, der sagte, dass gewisse Personen sich nicht an ihr Wort halten wollen. Es ist so, dass der Kantonsrat mit 48 zu einer Stimme einen Auftrag gab, man wolle diese Entlastung, allerdings soll sie kostenneutral sein. Da war man sich einig. Ich frage Sie jetzt: Wer hält sich nicht mehr an diese Einigung? Ich sage dazu nichts, denn es fällt einem schwer, ruhig zu bleiben, wenn einige Leute anderen Leuten Wortbruch vorwerfen, sich aber selber aus einer Vereinbarung zurückziehen. Man war sich mit fast grösstmöglichem Mehr einig, dass man diese Entlastung möchte und dass man sie kostenneutral möchte. Sie wollen heute nur noch einen Teil, vom anderen Teil verabschieden Sie sich. Das ist doch das, was Sie heute verlangen und da kann man durchaus fragen, wer sich nicht an das eigene Wort hält. Was zudem auch falsch war: Sie sprechen von Sparen. Wir nicht. Sie wollen mehr Geld ausgeben, wir sind dagegen, dass man noch mehr Geld ausgibt. Deshalb wollen wir eine Kompensation, weil wir nicht wieder in die gleiche Situation kommen wollen, dass man wieder grosse Entlastungsprogramme machen muss und dann überall den Rotstift ansetzen. Wir könnten jetzt endlich einmal ein bisschen klüger werden und eine Verschiebung der Ressourcen machen. Wir nehmen sie von dort, wo sie ineffizient eingesetzt werden und verschieben sie dorthin, wo wir es wirklich brauchen. Dann können wir auch sagen, wir können diese Entlastung für Klassenlehrpersonen machen und zwar kostenneutral. Wer nur sagt, man könne nur zu einem Punkt Ja oder Nein sagen, der vernachlässigt die ganze Wirklichkeit. Er hat einen eingeschränkten Blick und schaut nur einen Punkt an. Man muss das Gesamte anschauen. Das beinhaltet erstens das Verlangen nach dieser Klassenlehrpersonenentlastung. Gleichzeitig muss man auch die finanziellen Auswirkungen berücksichtigen. Das machen wir beides, das hat auch die Regierung gemacht. Darum ist es richtig, wenn man das zurückweist, im Sinne, dass nachher eine Vorlage kommt, die diese Entlastung kostenneutral ermöglicht.

**Andreas Gnädinger** (SVP): Eigentlich hat Marcel Montanari bereits alles Wesentliche gesagt. Die SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich dem Rückweisungsantrag zustimmen. Das ist meiner Ansicht nach auch die richtige Entscheidung, denn wir sind noch immer für diese Klassenlehrerentlastung. Welche Möglichkeiten bleiben uns? Man hätte auf die Vorlage nicht eintreten können. Dann wäre es vom Tisch, das wollen wir nicht. Man könnte diese Vorlage auch ablehnen, das wollen wir aber auch nicht. Wir wollen sie pendent halten. Aber pendent halten heisst auch die Spielregeln – dies kostenneutral auszugestalten – einzuhalten und sie nicht einfach so zu ändern. Wenn wir dies zurückweisen und das sistieren, wie die Regierung richtig gesagt hat, dann können wir dieses Ziel erreichen. Ich denke,

das ist auch im Interesse der linken Seite. Denn so entsteht diese Klassenlehrerentlastung.

**Jürg Tanner (SP):** Wir haben im Jahr 2013 beschlossen, dass die Umsetzung kostenneutral zu gestalten ist und die Mehrauslagen für eine zusätzliche Entlastung zu kompensieren sind. Wir haben aber in keiner Weise gesagt, wann. Vor allem haben Sie nicht gesagt, es müsse gleichzeitig geschehen. Es ist unbestritten, dass das kompensiert wird. Diese Klassenoptimierung, die ist ja von keiner Seite umstritten. Nur, wenn jetzt zwei Modelle im Raum sind, dann geht es um den Zeitpunkt. Das war die Meinung der Kommission. Auf die lange Bank schieben heisst zurückweisen auf den Sankt Nimmerleinstag, wie es Rainer Schmidig so schön gesagt hat. Die Lehrer wirklich zu entlasten ist das, was man verspricht. Wir setzen das für die Lehrer um. Ich habe es angekündigt, ich stelle den Antrag, dass unter Namensaufruf über diesen Rückweisungsantrag abgestimmt wird.

**Matthias Freivogel (SP):** Ich möchte an die pragmatisch eingestellten Ratsmitglieder appellieren, namentlich diejenigen in den bürgerlichen Fraktionen. Es ist mit den politischen Versprechen nicht eine so einfache Sache. Wir haben immer Wahlversprechungen, politische Versprechen. Wie es mit dem Einhalten ist, das ist etwas anderes, als die Versprechen, die man bilateral untereinander gibt. Wir sind auf der politischen Ebene und ich möchte den Fokus auf die sachliche Ebene bringen. Die sachliche Ebene ist die Situation heute. In den Klassenzimmern ist es so, dass kein Handlungsbedarf besteht. Ist die Situation so? Oder ist sie anders, dass eben doch Handlungsbedarf besteht? Dann habe ich die Ausführungen von Raphaël Rohner im Ohr. Er ist Schulreferent der Stadt Schaffhausen und die ist der grösste Player auf diesem Gebiet in unserem Kanton. Er hat das sachlich begründet, wir müssen davon ausgehen, dass Handlungsbedarf besteht, unabhängig von Versprechungen. So bitte ich diejenigen, die pragmatisch eingestellt sind, Versprechungen und Gegenversprechungen auszublenden und zu sagen, es bestehe Handlungsbedarf, auch für die Kinder, nicht nur für die Lehrerinnen und Lehrer. Diese Frage ist doch eher zu beantworten. Dann kommt der Weg und der Weg ist eine Änderung des Dekrets. Ein Dekret ist eine niedrigere, flexiblere Stufe als das Gesetz. Es spricht einiges dafür, dass wir jetzt diesen Schritt tun sollten und so bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft.

### **Abstimmung**

**Antrag von Jürg Tanner auf Abstimmung unter Namensaufruf erhält 21 Stimmen.**

**Abstimmung über Rückweisungsantrag unter Namensaufruf**

**Für die Rückweisung stimmen:** Pentti Aellig, Philippe Brühlmann, Samuel Erb, Diego Faccani, Markus Fehr, Mariano Fioretti, Rita Flück Hänzi, Andreas Gnädinger, Hansueli Graf, Beat Hedinger, Christian Heydecker, Herbert Hirsiger, Walter Hotz, Hedy Mannhart, Marcel Montanari, Markus Müller, Andreas Neuenschwander, Daniel Preisig, Andreas Schnetzler, Erich Schudel, Erhard Stamm, Susi Stamm, Thomas Stamm, Erwin Sutter, Nihat Tektas, Corinne Ullmann, Peter Werner.

**Gegen die Rückweisung stimmen:** Werner Bächtold, Katrin Bernath, Richard Bühler, Urs Capaul, Theresia Derksen, Linda De Ventura, Andreas Frei, Matthias Freivogel, Matthias Frick, Seraina Fürer, Renzo Loiudice, Roland Müller, Martina Munz, Peter Neukomm, Patrick Portmann, Raphaël Rohner, Peter Scheck, Rainer Schmidig, René Schmidt, Patrick Strasser, Jürg Tanner, Urs Weibel, Regula Widmer, Kurt Zubler.

**Enthaltungen:** Thomas Hauser, Lorenz Laich.

**Entschuldigt abwesend sind:** Till Aders, Franziska Brenn, Maria Härvelid, Arnold Isliker, Virginia Stoll, Susi Stühlinger, Josef Würms.

**Mit 27 : 24 wird dem Rückweisungsantrag betreffend Umsetzung der zusätzlichen Entlastung der Klassenlehrpersonen (ESH3-Ergänzungsvorlage) zugestimmt.**

Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 3. Dezember 2013 betreffend Umsetzung der zusätzlichen Entlastung der Klassenlehrpersonen (ESH3-Ergänzungsvorlage) liegt somit wieder bei der vorberatenden Kommission.

Schluss der Sitzung: 11:55 Uhr









